LUFT pumpe

5. Jg. Nr. 8 September 82 1,50 DM

Mit Regionalteil Köln, Rhein-Main, Berlin, München

Zeitung zur Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter

INHALT

Änderungen bei der ges. Krankenkasse 3
Änderungen des AFG 4
Änderungen des BSHG 5
Studieren von Luft und Liebe? 7
Unser soziales Netz fängt alle auf 8
Rigoros 8
Diskussion über Sparmassnahmen 9

FÜLLEN SIE DAS HIER ERSTMAL AUS

Regionalteil München
Regionalteil Berlin
Sozialleistung statt Sozial – Verwaltung 11
Kleinanzeige 12
Leserbriefe 13
Kein Geld für einen Rasen 14
Veranstaltungen der VHS–Berlin 15
Regionalteil R/M
M. steht am Fenster 16
Medienbollidik 17
Eine deutsche Stütze namens Stützle 18
Hellbrügge sticht zu 20
Exclusivbericht eines Protokolls 21
Undank 22
Auf die Dauer hilft nur Krüppelpower 23
Gegendarstellung 24
Vorsicht Satire 26
Bunte Seite 27

EDITORIAL

Es kommt wohl immer anderes, als man denkt. War im letzten Editorial noch zu lesen, daß in diesem Heft als Themenschwerpunkt Gehörlose vorgesehen sind, so kann jeder unschwer am Titel erkennen, daß es nun um Sparmaßnahmen geht.

Uns erschien allerdings auch das Thema so aktuell, daß es die Änderung voll rechtfertigte. Das von Gusti Steiner zusammengestellte Schwerpunktthema gibt zu einer Zeit, wo alle vom Sparen reden, einen guten Überblick, wie stark die kaum zu bändigenden Sparwütigkeit der Regierenden zur sozialen Demontage beiträgt.

Sparen muß auch die LUFTPUMPE nämlich Portokosten. Dazu ist es notwendig, den Postzeitungsdienst der Deutschen Bundespost zu nutzen. Dies ist allerdings nicht ganz so einfach. Eine ganze Reihe von Bedingungen muß erfüllt sein, um in den Genuß der günstigeren Portokosten zu kommen. Unter anderem muß die Zeitung in einem typografischen Satzverfahren hergestellt sein.

Dies ist der Grund, warum die LUFTPUMPE in diesem Monat wieder ein neues Gesicht erhält. Nachdem die LUFTPUMPE nun im 5. Jahr erscheint, wird sie zum erstemal mit "Composer" geschrieben. Diese Sparmaßnahme hat allerdings keine Demontage zur Folge: im Gegenteil in dieser LUFTPUMPE steht mehr drin als je zuvor.

Dies ist auch notwendig: nachdem im "Jahr der Behinderten" zahlreiche Aktionen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Bedürfnisse und Probleme der Behinderten lenkten, war im Anschluß daran eine Flaute zu bemerken. Kaum noch Aktivitäten.

Offenbar belebt auch hier ein frischer Wind die Szene: nachdem die Aktiven der Bewegung eine wohl notwendige schöpferische Ruhepause einlegten, schreiten sie nun zu neuen Aktionen, wie in dieser Ausgabe nachzulesen ist.

Auch unsere Leser waren aktiv. Für die zahlreichen Zuschriften und Informationen zum Thema Gehörlose möchten wir uns bedanken. Natürlich freuen wir uns, wenn wir noch mehr Material erhalten würden. Das Thema ist nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben.

Ein anderer guter Vorsatz ist leider auch in dieser LUFTPUMPE nicht so ganz durchgedrungen: immer wieder schwören wir uns, bei der nächsten Ausgabe die "Bleiwürste" der Zeitung durch mehr Bilder aufzulockern. Die Fülle der Texte allerdings macht's einem schwer.

HINWEIS

Die LUFTPUMPEN 1 - 7/82 liegen auf 4 Cassetten vor. Sie können zum Preis von 7,50 DM je Cassette bestellt werden bei:

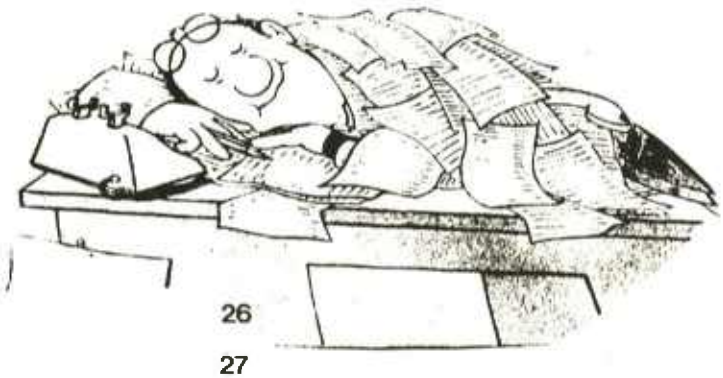
Vereinigung Integrationsförderung
-Vorlesedienst-
Herzog-Wilhelm-Str. 16
8000 München 2

Gedicht der Woch

VERSAGER?
Er baut
einen Kaninchenstall
sein Fahrrad
setzt er selbst zusammen
Schach spielt er
fast wie ein Großer
im Sport
ist er Klasse
einen Kuchen
kann er auch
schon backen

sein Notendurchschnitt
ist vierkommafünf

Das Gedicht »Versager?« stammt von Helga Braun, die der Essener Autorengruppe »die Wortschmiede« angehört.



Soziale Grundrechte in Gefahr

"...DAS ZIEL MUSS DIE VERMINDERUNG DER MINDERWERTIGEN SEIN...VON DER EINEN SEITE WURDE ... AUF DAS EIGENTÜMLICHE HINGEWIESEN, DASS GERADE KRÜPPEL EINE SO ZÄHE KONSTITUTION ZEIGTEN; ... VON ANDERER SEITE WURDEN ... DIE UNTRAGBAREN LASTEN FÜR UNSERE PFLEGEANSTALTEN AN DER HAND VON ZAHLEN IM EINZELNEN GESCHILDERT; ... AN DIE STAATSREGIERUNG WURDE DAS DRINGENDE ERSUCHEN GERICHTET, DOCH HIER ALLE BISHERIGEN GESETZLICHEN VERBOTE AUSZURÄUMEN, UM DIESER DAUERBELASTUNG ENTSCHEIDEND ZU BEGEGNEN. HIER IST EINE HARTE HAND AM SATZE."

Berlin, im Oktober 1931
(aus einem Beschluß des preußischen Staatsrates)

ÄNDERUNG BEI DER GESETZLICHEN KRANKENKASSE DURCH DIE BONNER SPARGESETZE

Ich gehe jedoch davon aus, daß die Mittel für die Behinderten nicht gekürzt werden ...
(dpa-Interview, 26.1.1981)

Hermann Buschfort, Staatssekretär und Beauftragter für die Behinderten

Ab 1. Januar 1982 hat sich in den Leistungen der gesetzlichen Krankenkasse einiges verschlechtert:

- Bei Zahnersatz übernehmen die Kassen die Leistungen des Zahnarztes. Material- und Laborkosten werden nur bis zu 60 % gezahlt.
- Die Kassen zahlen Arznei- und Heilmittel, die bisher bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verordnet wurden, nicht mehr. Der Bundesarbeitsminister legt in einer Rechtsverordnung diese Arznei- und Heilmittel fest.
- Die Rezeptgebühr wird von 1,- DM auf 1,50 DM pro verordnetes Medikament erhöht. Ausgenommen von dieser Gebühr sind Versicherte unter 16 Jahren, mitversicherte Kinder und Jugendliche.

Auf Antrag befreien die Krankenkassen Versicherte oder mitversicherte Familienangehörige von diesen Gebühren, wenn das Brutto-Einkommen des Versicherten 780,00 DM monatlich nicht übersteigt. Für jedes Familienmitglied erhöht sich die Einkommensgrenze um 234,- DM. Bei beonderen Belastungen, wie Heim- oder Pflegekosten kann die Einkommensgrenze noch einmal überschritten werden (§§ 182 a, 205 RVO; Artikel 3 § 1 BehSozVersG).

Der Bundesverband der Ortskrankenkassen hat 1977 erklärt, daß Einnahmen aus öffentlichen Mitteln für krankheits- bzw. behinderungsbedingten oder aus anderen Gründen unabweisbaren Mehrbedarf wie Blinden- und Tuberkulosehilfe, Pflegegelder und -zulagen, Zuschläge für Kleider- und Wäscheverschleiß, bei der Ermittlung des Gesamteinkommens nicht angerechnet werden. Wo dennoch eine Krankenkasse zu kassieren versucht, sollten Behinderte oder ihre Angehörigen den Bescheid anfechten. Kinder sind generell von der Rezeptgebühr befreit, ebenso schwangere Frauen. Kriegbeschädigte sind dann befreit, wenn die Verschreibung mit der Kriegsbehinderung zusammenhängt.

Für Hilfsmittel und Heilmittel beträgt die Rezeptgebühr 4,- DM pro Verordnung. Die Verordnung eines Rollstuhls kostet damit 4,- DM. 6 krankengymnasitsche Behandlungen auf einem Rezept aufgeschrieben machen gleichfalls 4,- DM. An dieser Stelle werden Behinderte stärker zur Kasse gebeten als andere Bevölkerungsgruppen.

- Bei Entbindungen zahlt die Kasse den Krankenhausaufenthalt nur noch 6 Tage nach der Geburt, es sei denn, ein längerer Aufenthalt ist aus medizinischen Gründen geboten.

Vorbeugungs- und Genesungskuren →

können von der Krankenkasse höchstens alle 3 Jahre übernommen werden. Rehabilitationsmaßnahmen in Spezialkliniken fallen nicht unter diese zeitliche Begrenzung.

- Seit dem 1.7.1982 erhalten Frauen nur noch Mutterschaftsurlaub, wenn sie während der 12 Monate vor der Geburt mindestens 9 Monate gearbeitet oder Arbeitslosengeld bekommen haben. Bei Frühgeburten genügt dieser Nachweis für 7 Monate.
- Arbeitslose Jugendliche sind nur noch bis 19 Jahre mit der Familie sichert. Danach müssen sie sich freiwillig weiter versichern.
- Für Fahrten zum Arzt, ins Krankenhaus oder zu Behandlungen müssen Versicherte pro einfache Fahrt einen Fahrtkostenanteil von 5,- DM zahlen. Bei Härtefällen kann auf die Eigenbeteiligung an den Fahrtkosten verzichtet werden.
- Versicherungsfrei bleiben nach den Sparänderungen weiterhin alle, die weniger als 390,- DM im Monat verdienen oder bis zu 15 Wochenstunden arbeiten. Der Freibetrag wurde aber bis 1984 festgeschrieben. Danach wird die Frage der Versicherungsfreiheit neu geregelt. Wer in einer Familie mitversichert ist und mehr als 410,- DM im Monat einnimmt, muß sich selbst versichern.
- Arbeitslose mit einer Sperrfrist bekommen bei Krankheit kein Krankengeld.

Quellen: Rundbriefdienst der BAG 'Hilfe für Behinderte', Nr. 86/1977; AOK-report, 6/1981

Gusti Steiner

ÄNDERUNG DES ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZES DURCH DIE BONNER SPARGESETZE

Ab 1. Januar 1982 wurde im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) einiges verschlechtert:

- Arbeitslosengeld bekommt nur noch der, der innerhalb von 3 Jahren mindestens 12 Monate (bisher 6 Monate) Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat.
- War ein Arbeitsloser beim Ehepartner beschäftigt, wird zur Berechnung des Arbeitslosengeldes ein Gehalt zugrunde gelegt, das bei gleicher Tätigkeit im einem fremden Betrieb gezahlt worden wäre.
- Scheidet jemand ohne ordentliche Kündigungsfrist aus dem Arbeitsverhältnis aus, geht der Anspruch auf Arbeitslosengeld für 12 statt für 6 Monate verloren.
- Arbeitslosengeld und Nebenverdienst dürfen 80 % des letzten Nettoeinkommens nicht übersteigen.
- Arbeitslosengeld und Lohnsteuerrückerstattung dürfen nicht über dem früheren Nettoverdienst liegen.
- Arbeitlose müssen sich noch stärker bereit erklären als bisher, an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen, die ihre Vermittlerchancen vergrößeren könnten.
- Die Sperrzeiten für die Zahlung von Arbeitslosengeld verlängern sich von 4 auf 8 Wochen, wenn jemand ohne wichtigen Grund kündigt oder zumutbare Arbeit ablehnt.
- Arbeitslosenhilfe bekommt nur noch, wer auch Anspruch auf Arbeitslosengeld hatte, wer 5 Monate gearbeitet hat, wer in einem öffentlich rechtlichen Dienstverhältnis stand oder wer Wehrdienst geleistet hat.
- Unterhaltsgeld wird bei beruflicher Bildung auf 75 % des letzten Nettoeinkommens gesenkt, wenn der Teilnehmer mindestens 1 Kind oder einen Pflegebedürftigen Ehegatten hat. Für kinderlose Teilnehmer fällt der Prozentsatz auf 68 %.
- Ist eine berufliche Fortbildung oder Umschulung nicht notwendig, wird ein Unterhaltsgeld in Höhe von 58 % des letzten Nettoeinkommens als Darlehen gezahlt. Der Betrag muß zurückgezahlt werden.
- Einarbeitungszuschüsse an Arbeitgeber werden nur noch für Arbeitslose oder von unmittelbarer Arbeitslosigkeit Bedrohte gezahlt.
- Die Berufsausbildungsbeihilfe wird bei Berufsvorbereitung auf die Sätze des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) gekürzt.
- Bei betrieblicher Berufsausbildung fällt die Lernmittelpauschale weg.
- Bei Berufsausbildung im elterlichen Betrieb wird verhindert, daß die Ausbildungsvergütung zu niedrig angesetzt wird, um den Betrag der Ausbildungsbeihilfe auf diesem Wege so groß wie möglich zu gestalten.
- Bei beruflicher Rehabilitation wird das Übergangsgeld von 80 % des früheren Nettoeinkommens auf 75 % gesenkt. Ist der Rehabilitant oder sein Ehegatte pflegebedürftig, beträgt das Übergangsgeld 90 % des letzten Monatseinkommens.
- Für die 6 Wochen nach der beruflichen Rehabilitation sinkt das Übergangsgeld von 80 % auf 68 % des letzten Lohnes. Das entspricht der Höhe des Arbeitslosengeldes.
- Behinderte müssen innerhalb der letzten 5 Jahre vor der beruflichen Rehabilitationsmaßnahme mindestens 2 Jahre lang beitragspflichtig gearbeitet haben.
- Eingliederungsbeihilfe wird nur noch in Höhe von 50 % des Tariflohnes gezahlt.
- Eingliederungsbeihilfe wird längstens 1 Jahr gewährt.
- Die Beihilfe wird spätestens 6 Monaten um 10 % des Lohnes gekürzt.
- Bei Lohnkostenzuschuß erhöht sich die Altersgrenze von 45 auf 55 Jahre.
- Arbeitgeber der öffentlichen Hand erhalten keine Lohnkostenzuschüsse mehr.
- Gefördert wird durch Lohnkostenzuschuß nur noch 70 % des Lohnes. Nach jeweils einem Jahr sinkt der Prozentsatz um 10 %. Die Förderung endet, wenn die 30 %-Grenze erreicht ist.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind bei der öffentlichen Hand und in Bereichen mit guter Beschäftigung nicht mehr möglich.
- Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kommen nur Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in Betracht, die mindestens 6 Monate arbeitslos waren.

Quelle: Sozialpolitische Umschau, 172/1981

Gusti Steiner

Ärger mit Ämtern?

Haben Sie Schwierigkeiten mit Behörden? Ich stehe Ihnen unbürokratisch mit Rat und Tat zur Verfügung:

Im Bürgerbüro für den Landkreis München
Isartorplatz 8, 8000 München 2
Telefon 220233 (Sprechstunden jeden Montag ab 10 Uhr).

Dr. Peter Paul Gantzer, SPD
Mitglied des Landtags, Petitionsausschuß

ÄNDERUNGEN DES BUNDESSOZIALHILFESETZES DURCH DIE BONNER SPARGESETZE

Ab 1. Januar 1982 wurden im Bundessozialhilfegesetz (BHSG) einiges verschlechtert:

- Wer für kurze Zeit sein Leben aus Mitteln der Sozialhilfe bestreiten muß, wird zukünftig das Geld zurückzahlen müssen. Er bekommt nur noch ein Darlehen.
Ein Größteil der damit verbundenen Einsparungen geht für den Verwaltungsaufwand bei der Rückforderung diesen Geldes drauf. Für solchen Unsinn gibt es Beispiele: Die Rückforderungskosten für Darlehen, die an Studenten während ihrer Ausbildung gezahlt werden (BAföG), übersteigen ebenfalls die eingehenden Gelder.
- Die Zumutbarkeitsschranke für Arbeit wurde weiter herabgesetzt: geringerwertige Arbeit an weiter entfernten Arbeitsplätzen unter ungünstigen Bedingungen darf nicht mehr zurückgewiesen werden.
- Wer bisher mit seinem augenblicklichen Verdienst knapp über der Einkommensgrenze der Sozialhilfe lag, konnte einmalige Beihilfen erhalten (z. B. Bekleidungs-, Gardinen-, Umzugskosten-, Weihnachts-, Winterbrandhilfe, usw.). Zukünftig legt das Sozialamt statt des letzten Monatseinkommens das zu erwartende Einkommen für die nächsten 6 Monate einschließlich des laufenden Monats zugrunde.
- Für 1982 und 1983 sind die Regelsätze (der Betrag, der in der Regel zum Lebensunterhalt vom Sozialamt gezahlt wird) auf jeweils 3 % Anhebung eingefroren.
- Wer Geld aus dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) erhält, hat mit Ausnahme besonderer Härtefälle keinen Anspruch auf Sozialhilfe mehr.

- Die Sozialhilfe übernimmt vorbeugende Erholungskuren nicht mehr. Kuren müssen zukünftig aufgrund eines angegriffenen Gesundheitszustandes vom Amts- oder Vertrauensarzt befürwortet werden und werden nur noch alle 3 Jahre vom Sozialamt gezahlt.
- Für die Krankenhilfe orientiert sich die Sozialhilfe am Rahmen der gesetzlichen Krankenkasse und geht über die dort üblichen Leistungen nur noch in besonderen Ausnahmen hinaus, die mit der Besonderheit des Einzelfalles begründet sein müssen.
- Bei der Eingliederungshilfe für Behinderte wird nicht mehr automatisch die Hilfe zum Lebensunterhalt gezahlt.
- Eltern Behinderter unter 21 Jahren müssen zukünftig unter Berücksichtigung der Einkommensgrenze die gesamten Kosten des Lebensunterhaltes zahlen, soweit die Töchter und Söhne in einem Heim oder einer ähnlichen Einrichtung leben. Bei der alten Regelung brauchten sie nur die häusliche Ersparnis auszubringen, die in der Regel niedriger lag, als die wirklichen Lebenshaltungskosten in Anstalten. Denn es darf wohl unter den wirklichen Lebenshaltungskosten Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Heizung und Taschengeld verstanden werden. Die Ersparnisse für die Sozialhilfe werden sicher vom Verwaltungsaufwand aufgezehrt. Jede Anstalt wird sehr wahrscheinlich unterschiedliche Kosten nachweisen. Die Verwaltung muß sich mit diesem Zustand beschäftigen.
- Blindengeld wird nicht mehr in regelmäßigen Zeitabständen in der Höhe der vergangenen Jahre ansteigen und es wird zukünftig das Pflegegeld angerechnet. Bisher zahlte

Das ist unsere Reparaturwerkstatt für Fahrstühle und Elektrofahrstühle aller Art.

Stortz

IHR SANITÄTSHAUS

5000 Köln 1 · Fleischmengergasse 49-51
Telefon (0221) 235212

das Sozialamt beide Leistungen nebeneinander. Das heißt kurz: die Streichung des Blindengeldes.

- Das Pflegegeld ist als unterster Festbetrag auf monatlich 276,00 DM festgelegt worden. In Höhe der Blindenpflegezulage beträgt es 750 DM im Monat. Die Beträge sind bis 1.1.84 eingefroren. Ab dann steigen sie wie beim Blindengeld in geringerer Höhe als bisher, entsprechend der Erhöhung der Renten in der Arbeiterrentenversicherung.

Wenn ein Behinderter eine berufliche Pflegekraft in Anspruch nimmt und eine Pflegeperson privat noch einen Teil der notwendigen Hilfe übernimmt, kann das Pflegegeld nur auf 50 % gekürzt werden. Es bleibt so noch ein Betrag für die private Pflegeperson. Gegenüber früher ergibt sich hier ein Vorteil. Da konnte es passieren, daß in solchen Fällen das gesamte Pflegegeld gestrichen wurde.

Quellen: Zeitschrift für das Fürsorgewesen, 1/1982, Sozialmagazin 01/82

Gustl Steiner

PFLEGEGELD LANGFRISTIG ABGESCHÄFFT

Eine absolute Verschlechterung - was das Pflegegeld angeht - haben die Bonner Politiker bei der Einkommensgrenze eingeführt:

Die Einkommensgrenzen wachsen nicht mehr mit der allgemeinen Einkommensentwicklung. Sie orientieren sich jetzt an dem Anstieg der Regelsätze der Sozialhilfe. Dieser Anstieg wurde aber in den vergangenen Jahren sehr niedrig gehalten: die Regelsätze stiegen geringer an, als sich die Lebenshaltungskosten nach oben bewegten. Ganz zu schweigen von den veränderten Verbrauchsgewohnheiten.

Steigerung 1978 = 0 %
Steigerung 1979 = 1,3%
Steigerung 1982 = 3 %
Steigerung 1983 = 3 %

Langfristig hat das zur Folge, daß die Einkommensgrenzen, die für Pflegegeldzahlungen ausschlaggebend sind, hinter der wirklichen Einkommensentwicklung zurückbleiben. Immer mehr Eltern behinderter Kinder z.B. werden gehaltsmäßig mit der Zeit aus den Einkommensbedingungen heraustreten und werden kein Pflegegeld mehr bekommen.

Bei Sparbeträgen, die oberhalb der Grenzen dessen liegen, was jemand gespart haben darf, um Sozialhilfe zu bekommen, entfällt die Möglichkeit, diese Beträge mit der Argumentation anrechnungsfrei zu halten, sie dienten:

a) der Ergänzung von Hausrat
b) der Anschaffung eines notwendigen Ersatzautos
c) dem Kauf eines Einfamilienhauses.

Die Beträge müssen zukünftig aufgebraucht sein, bevor das Sozialamt zahlt. Erst dann wird das Sozialamt davon ausgehen, daß der Betreffende die Mittel nicht aus eigener Kraft aufbringen kann.

Gustl Steiner

SOZIALHILFE GESENKT

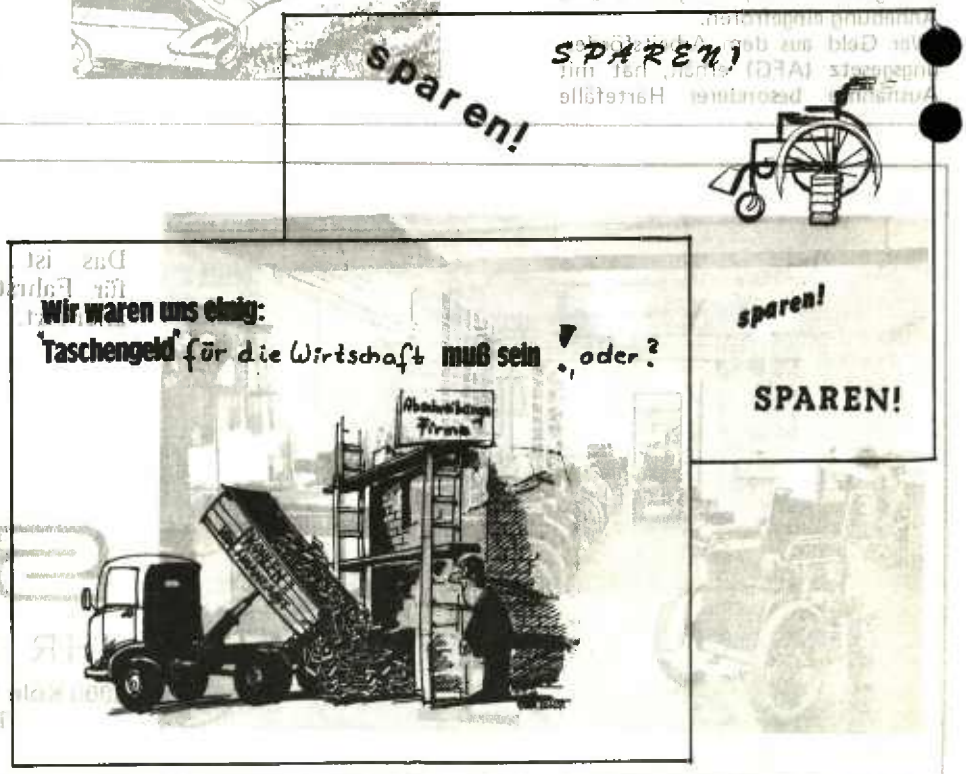
Für das Jahr 1982 und 1983 sind die Regelsätze auf jeweils 3 % Anhebung eingefroren. Die Regelsätze sind die Beträge, die in der Regel von den Sozialämtern zum Lebensunterhalt gezahlt werden. Alle Werkstattarbeiter leben von Sozialhilfe, weil sie nur Hungerlöhne erhalten.

Die Lebenshaltungskosten stiegen in den zurückliegenden Jahren regelmässig um mehr als 3 % an. Damit wird der Regelsatz in Wirklichkeit gesenkt. Wer bisher pro Woche mit 20 g Kalbfleisch, 110 g Schweinefleisch, 40 g Hackfleisch, 10 g Gries, 1/8 Kinokarte, 1/4 Dose Hautcreme usw. (Teile eines Warenkorbs, mit dem Sozialhilfeempfänger auskommen müssen) leben mußte, darf sich noch weiter einschränken. Ganz abgesehen, daß Ende 1980 die Rede davon war, den Regelsatz um 25 % zu erhöhen. "Die Regelsätze für die etwa 1,3 Mio. Sozialhilfeempfänger müssen nach Ansicht des zuständigen Fachausschusses des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (DV) um etwa 25 % steigen .... die Empfehlungen des Vereins an die Bundesländer sind in der Vergangenheit weitgehend befolgt worden." (Ruhrnachrichten, v.22.11.80). Ursache für die notwendige Anhebung waren die veränderten Verbrauchsgewohnheiten. Der Warenkorb, der weiterhin gilt, wurde 1970 zusammengestellt. Von einer Anpassung an heutige Verhältnisse und überdurchschnittlich angestiegene Energiekosten z.B. ist vorerst keine Rede mehr.

Die Mehrbedarfszuschläge werden pauschal gekürzt. Das Sozialamt kann von diesen Mehrbedarfssätzen, die in bestimmten Situationen oder an bestimmte Personengruppen zusätzlich zum Regelsatz monatlicher Sozialhilfe gezahlt werden, nach unten oder nach oben abweichen.

Wer weiß, daß nur ein Bruchteil derer, denen Sozialhilfe zustünde, auch Sozialhilfe bekommt, oder wer weiß, daß trotz angeglichener Regelsätze der Sozialhilfeempfänger in Baden-Württemberg jährlich 600,oo DM weniger bekommt, als der in Berlin lebende, kann sich ausrechnen, wie in der Praxis diese Möglichkeit gehandhabt wird.

Gusti Steiner



STUDIEREN VON LUFT UND LIEBE?

Behinderte Studenten sind privilegiert. Andere, die weniger Glück hatten, verschwinden in Heimen und dürfen ihr Leben lang von einer solchen Ausbildung träumen. Das ändert aber nichts daran, daß z. B. ein Rollstuhlfahrer wie ich erheblich mehr Probleme hat als ein nichtbehinderter Student, wenn er sein Studium erfolgreich beenden will. Rolliwohnungen sind rar. Sie müssen größer sein, im Erdgeschloß liegen, oder über Aufzug erreichbar sein. Ich bin also auf große, teure Neubauwohnungen angewiesen. Die kann ich nicht vom BaFöG bezahlen. Den behinderungsbedingten Mehrbedarf zahlte bisher während der Ausbildung der Landschaftsverband.

Anfang des Jahres war der erste Sparbeschluß der Bundesregierung im Gespräch. Ein kleiner Satz aus den Pressemeldungen ließ Krüppel-Studies aufhorchen: Der § 41 Bundessozialhilfegesetz soll gestrichen werden. Her handelte es sich um die Eingliederungshilfe im Rahmen der Ausbildungshilfe, also um die notwendige BaFöG-Ergänzung für uns. Ende März kam dann ein vervielfältigter Brief des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe an alle Betroffenen. Die Zahlungen der Eingliederungshilfe im Rahmen der Ausbildungshilfe würden zum 31.3. eingestellt.Wenn ich noch in meiner alten Wohnung gewohnt hätte, wäre ich bald pleite gewesen, denn wer kann schon einen plötzlichen Einkommensverlust von ca. 500 DM verkraften. So war es nicht ganz so tragisch, aber manche wird das ganz schön hart treffen. Der Landschaftsverband teilte mir noch mit, ich sollte mich doch ans Sozialamt wenden, das spränge dann ein. Genau das habe ich noch im gleichen Monat getan. Wir haben jetzt Mitte August. Ich habe bisher noch keinen Bescheid erhalten, nur einen falsch ausgefüllten Berechnungsbogen, begleitet von der Drohung, entweder innerhalb von 14 Tagen neue Fakten zu nenne, oder mein Antrag würde "nach Aktenlage" entschieden, d.h. abgelehnt.

Meine Zukunft erscheint mir im Moment ungewisser den je. Seit April hatte ich auch keinen Zuschuß für mein Auto mehr bekommen, was für einen Rollstuhlfahrer ja ebenso lebensnotwendig ist wie eine größere Wohnung. Der Sachbearbeiter entschuldigte das mit einem Versehen. Erfahrungsgemäß widerholt sich dieses Mißgeschick bei Ende des nächsten Semesters, also am 31. Sept. Dann läuft auch mein BaFöG aus. Wie fast alle Behinderten brauche ich aus offensichtlichen Gründen länger für mein Studium. Trotzdem ist die Verlängerung meiner "Förderungshöchstdauer", also mein Anspruch auf Kohle über die üblichen vier Jahre hinaus, keineswegs klar. Die Entscheidung liegt ganz in der Hand des Amtes. Man munkelt, auch die mögliche ergänzende Sozialhilfe sei auf die Förderungshöchstdauer beschränkt. Jetzt wüßte ich gern, wovon ich im nächsten und übernächsten Semester meinen Lebensunterhalt bestreiten soll.

Mir gehts noch gut. Das Bochumer Sozialamt geht viel brutaler vor als das Dortmunder. Da werden die Anträge auf Sozialhilfe für behinderte Studenten gleich abgeschmettert. Hier macht man uns jedenfalls in der öffentlichen Diskussion noch Hoffnungen. Aber es gibt ja keine bundeseinheitlichen Regelungen für Sozialämter. Die müssen nämlich nur in "Härtefällen" für behinderte Studenten eintreten. Ob einer vorliegt, entscheidet das Amt.

Bei dem ganzen Hin und Her frage ich mich, ob dabei überhaupt ein Spareffekt rauskommt, wenn am Ende das Sozialamt das übernimmt, was bisher der Landschaftsverband geleistet hat. Wahrscheinlich geben nur wieder einige behinderte Studenten den Kampf mit den Behörden auf. Für meinen Lebensunterhalt ab Oktober muß ich jetzt mit drei Ämtern kämpfen, teilweise auch noch mit mehreren Sachbearbeitern. Ein behinderter Student im ersten Semester, der sich auch noch um →

MEDIZINISCHES FACHHAUS
VON SCHLIEBEN
Ihr Partner für die Gesundheit
Lieferant aller Kassen — Orthopädische Werkstätte — Lieferservice — Reparatur-Service
Neueröffnung!
Schräg gegenüber Kaufhof am Stachus
• Sonnenstraße 7 •
• 8000 München 2 • Telefon 0 89/59 16 49
Arztbedarf — Praxisausrüstung — Rehabilitationsmittel — Rollstühle — Krankenpflegeartikel — Krankenbetten — Blutdruckmeßgeräte — Brustprothesen
Wir beteiligen uns an den Parkgebühren

Wohnung und evtl. Pflege bemühen muß, kann das ohne Hilfe nicht schaffen. Wahrscheinlich ist das auch eins der Ziele der Politiker, die diese Kürzungen beschlossen haben.

Peter Mand, in Zusammenarbeit mit Birgit Rothenberg vom Beratungsdient beh. Stud.,Dortmund

UNSER "SOZIALES NETZ" FÄNGT ALLE AUF

1. Verlust der Arbeit:

keine Bange!

2. Arbeitslosengeld:

allerdings nur dann, wenn die durch Bonner Spargesetze erschwerten Bedingungen erfüllt sind.

3. Arbeitslosenhilfe:

allerdings nur dann, wenn die durch die Bonner Spargesetze erschwert...

allerdings...

4. Zwangsarbeit:

Anlagen reinigen für 1 DM Stundenlohn, ohne Arbeitsvertrag, ohne

ohne Krankenversicherung, ohne Arbeitslosenversicherung, ohne Rentenversicherung. Solche Sklaverei nennt das Bundessozialhilfegesetz zynisch "Gemeinnützige Arbeit". In Wirklichkeit weder gemeinnützig noch Arbeit, sondern: Zerstörung weiterer Arbeitsplätze durch Zwangsarbeit! Dieser Rückfall in die Anfänge ungezügelter industrieller Ausbeutung wird i. R. der Bonner Spargesetze intensiviert.

rigoros

Frankfurter Ruundschau, 30.04.82

Diakonisches Werk: Eltern Behinderter müssen entlastet werden

"Höchstbetrag für Heimunterbringung auf 400 Mark senken" /Nach Änderung des Sozialhilfesetzes Ämter angeblich rigoros

Die evangelischen Behinderteneinrichtungen klagen in ihrer Stellungnahme, die Sozialämter seien mit den unterhaltsverpflichteten Angehörigen in den vergangen Wochen "sehr rigoros" umgegangen. So hätten die Ämter Fragebögen über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse verschickt und Bescheide erteilt, worin den Eltern die neue Rechtslage "in völlig unverständlicher oder unzureichender Weise beschrieben" worden sei. Eltern seien sogar aufgefordert worden, gegenüber dem Sozialamt ihr Kreditinstitut vom Bankgeheimnis zu entbinden. Seit April 1982 bekämen nun die Eltern die volle Härte der neuen Vorschriften zu spüren.

Der Verband der evangelischen Behinderteneinrichtungen ergänzt seine Klage durch Beispiele von Betroffenen. Bei einem anrechenbaren Monatseinkommen von 2624 Mark müssen Eltern statt 230 Mark jetzt 580 Mark an den Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern zahlen. Der geistig behinderte Sohn dieses Elternpaares besucht die Sonderschule in einem Heim. Bei einem anzurechnenden Monatseinkommen von 2353 Mark verlangt der Landschaftsverband Westfalen von den Eltern sogar 831 Mark. Hier handelt es sich um einen geistig behinderten Jungen, der seit Februar 1982 in einem Heim lebt, wo er "berufliche Orientierungshilfe" bekommen soll. Der Verband berichtet überdies von Eltern, die der vorsorgliche Hinweis der Behörde auf eine maximale Kostenbeteiligung von 850 Mark monatlich dazu gebracht hat, ihr Kind von der Heimschule abzumelden.

P.S.:

Warum haben die evangelischen Einrichtungen vorher oder in anderen Zusammenhängen nicht mit ähnlichem Nachdruck beklagt oder angeklagt,
- daß mit Betroffenen bei Sozialämtern häufig sehr rigoros umgegangen wird,
- daß von Ämtern allerorten unverständliche Bescheide erteilt werden
- daß jeder, der Sozialhilfe bekommt, in jedem Falle sein Kreditinstitut vom Bankgeheimnis entbinden muß.
- daß...
- daß...

Gusti Steiner

DIE DISKUSSION ÜBER DIE SPARMASSNAHMEN

Bereits bei der Eröffnung zum "Behindertenjahr" in der Dortmunder Westfalenhalle haben die "Bühnenbesetzer" vor drastischen Verkürzungen notwendiger Mittel für Behinderte gewarnt - viele Ungläubige reagierten mit Ablehnung... Danach sind die Kürzungen sogar schon während "des Jahres 81(!) durchgezogen worden...

Diese Kürzungen sind ein Skandal und entlarven die Mär vom Sozialstaat.

Die Proteste sind entsprechend massiv - doch sollten wir uns mal die "Mischung" der Protestierer ansehen: Nun sind plötzlich auch zahlreiche dabei, die die Proteste der Behinderten während "1981" abgelehnt und ignoriert haben. Plötzlich demonstrieren auch die Sondereinrichtungen, die nun Angst haben, daß ihre Ghettos leer werden.

Um nicht mißverstanden zu werden: Selbstverständlich soll hier nicht pauschaliert werden. Viele Eltern stellen diese Sparmaßnahmen vor kaum lösbare Probleme. Leider besteht für die meisten behinderten Kinder noch keine Möglichkeit in einer Regeleinrichtung untergebracht zu werden... Regelkindergärten und -schulen werden sich nach wie vor erfolgreich gegen entsprechende Aufnahmewünsche wehren - solange die entsprechenden Sondereinrichtungen bestehen! Nach wie vor haben Eltern auch große Schwierigkeiten eine ambulante Betreuung für ihr Kind in der Schule und zu Hause finanziert zu bekommen.

Dennoch müssen wir aufpassen, FÜR was wir bei unseren Protesten GEGEN die Sparmaßnahmen kämpfen. Die Beibehaltung von teuren Sondereinrichtungen kann nicht unser Ziel sein.

Gerade von mitprotestierenden Leitungen und Personal von Sondereinrichtungen wurde bei Diskussionsveranstaltungen zu diesen "Kürzungen" Argumente und Forderungen nach ambulanten Alternativen mit massiven Protesten und Aggressionen quittiert. Der Hinweis, daß das Personal von Sondereinrichtungen auch in Regeleinrichtungen

benötigt wird, fand keine Interesse. Man war nicht einmal bereit, darüber zu diskutieren.

Wenn z. B. das größte Behindertenzentrum in München gegen Mittelkürzung durch den Staat protestiert, sollte man hellhörig werden.

Der Vorstand der Pfennigparade "beklagt sich (...), daß hier eine Menge unserer Arbeit zunichte gemacht wird". Diese Arbeit wird von dem Vorstand sogar als "Integration" verkauft: "Da werden Behinderte, die sich um eine Integration bemühen ja noch dafür bestraft!" (Merkur 14.5.82). Die "tz" verkündete gar, daß sich "die Münchener Pfennigparade seit Jahrzehnten als Anwalt der Körperbehinderten versteht". Diese gewagten Formulierungen fielen anläßlich eines Besuches der bayer. Landesmutter Frau Marianne Strauß. Die Einsparungen führen dazu, daß jahrelange Integrationsbemühungen der Behinderten ernsthaft in Frage gestellt würden" ("tz")

Hier geht es um die Existenzangst eines Zentrums, das sich ja bereits durch ambulante Dienste bedroht fühlt.

Selbstverständlich müssen die Proteste gegen soziale Demontage massiv unterstützt werden. Es kann keine Frage sein, daß Kürzungen zurückgenommen werden müssen! Die Frage ist, welche Kürzungen bei Sondereinrichtungen finden unseren Beifall, wenn mit dem eingesparten Geld wirkliche Integrationsmaßnahbezahlt werden, z. B. Eingliederungshilfen in Regelkindergärten und Schulen, ambulante Dienste, behindertengerechte Wohnungsbau usw.

Wenn aber die Pfennigsparade und andere Ghettos "Alarm schlagen" und sogar ihre "Integrations"Arbeit gefährdet sehen, dann hat Solidarität Grenzen...

Auch Sozialarbeiter, Sonderpädagogen, Sonderschullehrer usw., die nicht bereit sind, ihre Tätigkeit in Sondereinrichtungen in Frage zu stellen und evtl. darüber nachzudenken, ob sie durch den Kampf um ihren Arbeitsplatz nicht auch die Integration von Behinderten be- oder verhindern, können nicht mit unserer uneingeschränkten Solidarität rechnen.

Wir fordern : Zurücknahme der Kürzungen! Keine Benachteiligungen von Eltern behinderter Kinder! Eltern behinderter Kinder und Jugendlicher müssen die Möglichkeit haben, ihr Kind in Regeleinrichtungen unterzubringen und eine entsprechende ambulante Betreuung finanziert bekommen.

Wir unterstützen den Kampf der Betroffenen - aber nicht den Kampf der Sondereinrichtungen um das behinderte Kind!!!

"Pflege daheim -
statt Pflege im Heim"

C.F.

- Wer rastet der rostet -
Ihr Partner für Lebensfreude empfiehlt:
Gymnastik, Singen, Tanzen, Spielen,
Schwimmen und Fröhlichsein in der Gruppe.
Wir haben viele neue Ideen und Geräte.
Fordern Sie unseren Katalog an.
WAREI-Gymnastik Karlsbader Str. 9
635 Bad Nauheim 4 Tel.06032/83536

Dr. Jürgen Böddrich
Landtagsabgeordneter
Geranienstraße 12
8012 Riemerling
Tel. 089/6014341

– Anzeige –

Franz Maget
Bezirksrat
Königsteinstraße 13
8000 München 40
Tel. 089/3512431

Wir sind Mitglieder der SPD-Arbeitsgruppe „Behinderte in der Gesellschaft", die aus Behinderten, Politikern und nichtbehinderten Interessierten besteht. Für uns sind Behinderte Experten in eigener Sache, mit denen wir gemeinsam Aktivitäten zur Eingliederung und Gleichberechtigung von Behinderten planen und durchführen.

So sehen wir die Situation der Behinderten:

Sie werden nicht als vollwertige Menschen anerkannt und behandelt. Dies ist nicht naturgegeben, sondern vor allem auch gesellschaftlich bedingt. Ein Mensch wird eigentlich erst durch das Verhalten der nichtbehinderten Umwelt so richtig zum Behinderten gemacht.

Eine Eingliederung der Behinderten hat noch nicht stattgefunden. Rehabilitation, Ausbildung und Versorgung sind noch keine Integration.

Zwei entscheidende Voraussetzungen für die Eingliederung und Gleichberechtigung der Behinderten müssen erst noch geschaffen werden:

1. Ein Zusammenleben von Behinderten und Nichtbehinderten in allen Lebensbereichen.
2. Die Veränderung bestehender Bewertungsmaßstäbe für die Menschen.

Das wollen wir:

1. Den weiteren Ausbau von Aussonderungseinrichtungen (Sonderkindergärten, Sonderschulen, Sonderwohnungen) verhindern,
2. Aufbau und Ausbau eines Netzes von mobilen sozialen Hilfsdiensten,
3. die Voraussetzungen für die Eingliederung der Behinderten in alle Lebensbereiche der Nichtbehinderten (Kindergärten, Schulen, Ausbildungsstätten, Arbeitsplätze und Wohngebiete) schaffen,
4. Behindertenzentren in Lebensbereiche von Behinderten und Nichtbehinderten umfunktionieren.

Dafür bitten wir um Unterstützung.

SOZIAL-LEISTUNGEN STATT SOZIAL-VERWALTUNG

Wir als Behinderte mußten mit unserem niedrigeren Einkommen schon immer sparsam umgehen. WAS HEISST DAHER 'SPAREN' FÜR DEN STAAT?

Er will, so hören wir, die Ausgaben einschränken, um die steigende Verschuldung zu bremsen. Gleichzeitig hören wir von mehreren 100-Mill. DM für Daimler-Benz, Aufträge für Kriegsschiffe für Bremer Werften und Invenstitionshilfen für Unternehmer. SPAREN HEISST ALSO: UMVERTEILEN VON DEN ARMEN ZU DEN REICHEN.

WIR WOLLEN KEINE VERSPRECHUNGEN, DAß UNSER GELD, WENN WIR ES DEN UNTERNEHMERN GEBEN, SPÄTER UNS V I E L L E I C H T ZUGUTE KOMMT! WIR WOLLEN DAS GELD JETZT UND FÜR UNS SELBST!

Unser Einkommen ist für so großzügige Geschenke viel zu klein. Außerdem, wenn wir mehr Geld haben und mehr ausgeben können, haben auch die Unternehmer gute Ertragsaussichten, investieren und schaffen Arbeitsplätze! So herum geht's besser!

Aber WARUM SIND WIR KRÜPPEL/BEHINDERTE FÜR STELLENABBAU IN DER SOZIALVERWALTUNG?

In den Jahren, in denen die Haushaltsmittel des Staates stetig stiegen und zu wenig Arbeitskräfte da waren, besann man sich der Krüppel und sagte: Wenn die statt Rente zu kriegen, arbeiten könnten; dann hätten wir mehr Arbeitskräfte und würden sogar noch Steuern und Versicherungsbeiträge bekommen.

So entstand die REHABILITATION, die zunächst mal riesige Summen Geld für GEBÄUDE und für NICHTBEHINDERTE Arbeitskräfte verschlang, die uns ausbilden, betreuen, versorgen und verwalten sollten. Wir selber kriegten den kleinsten Happen von dem Kuchen. Nun zeigte sich bald, daß Sonderkindergärten, Sonderschulen, Berufsbildungwerke, Berufsförderungwerke, Werkstätten für Behinderte, Heime und Tagesstätten und die dort arbeitenden Mitarbeiter uns STATT EINZUGLIEDERN, noch mehr AUSSONDERN.

Die Kostensätze der Einrichtungen wachsen immer mehr, denn man will ja an uns verdienen; die öffentlichen Kassen wurden dagegen immer leerer. Da man die Kostensätze der Einrichtungen nur schwer beschneiden kann, kürzt man bei uns:

1. Erhöhung und sofortige Kürzung des Landespflegegeldes
2. Kürzung des Taschengeldes für Heimbewohner um fast 1/3
3. Kürzung der Mehrbedarfszuschläge um 20 bzw. um über 30 %
4. Beteiligung der Eltern an den Kosten erwachsener Behinderter in Behinderteneinrichtungen
5. Erhöhung des Regelsatzes um nur 3 %, also weniger als die Geldentwertung.

Beispiele dafür, daß man bei unseren Einkommen und notwendigen Leistungen zuerst kürzt, da wir keine Machtmittel wie z. B. Streiks haben, um uns zu wehren.

JE WENIGER EIGENES GELD WIR KRIEGEN, JE GERINGER IST UNSERE CHANCE, EIN EIGENES SELBSTÄNDIGES LEBEN, AUßERHALB VON EINRICHTUNGEN UND OHNE BEVORMUNDUNG UND ENTMÜNDIGUNG NICHTBEHINDERTER IN DEN BEHINDERTENEINRICHTUNGEN ZU FÜHREN. Das Geld, worauf wir (noch!) einen Rechtsanspruch haben, soll nicht länger in die Hände und Kassen der Sozialverwaltung und der Behinderteneinrichtungen fließen.

SPAREN HEISST UMVERTEILEN: ALSO

FÜR EINE UMVERTEILUNG VON DER SOZIALVERWALTUNG ZU UNS BEHINDERTEN!
KRÜPPELGRUPPE
V.i.S.d.P.: Grabriele Salje.

"Etwa 2/3 der gesamten Aufwendungen (genau 62,5%) wurden 1980 für Hilfeempfänger in Einrichtungen gezahlt, das sind im wesentlichen die personalintensiven und deshalb kostenintensiven Heime für Behinderte und alte Menschen. Diese Einrichtungen werden in der Regel von den großen Wohlfahrtsverbänden betrieben. In diesem Bereich der Sozialhilfe wurde überhaupt nicht gekürzt.

Als vorläufiges Resumee müssen wir also festhalten: es müssen mitnichten 'alle' den Gürtel enger schnallen, die Kürzungen betreffen vielmehr diejenigen, die keine einflußreiche Lobby oder einen Verbandsvertreter in Bonn sitzen haben, ..."

Stephan Leibfried, SOZIAL–MAGAZIN, Juli - August 1982

KLEINANZEIGEN

Redaktion
Die LUFTPUMPE
Pohlmannstr. 13
5000 Köln 60

KLEINANZEIGE

Wer kennt Wohngemeinschaften mit behinderten Menschen oder andere Alternativen zu Großeinrichtungen. Gern würde ich in Kontakt treten. Informationen bitte unter dem Kennwort "Wohngemeinschaften" an die LUFTPUMPE zur Weiterleitung

KLEINANZEIGE

EHEPAAR mit 13-jähriger Tochter sucht rollstuhlgerechte Dreizimmerwohnung im Raum Münster,
Tel.: 02236/65206 bei Konrad

KLEINANZEIGE

RENAULT 5, automatisch, Farbe = Banane, schwarzes Vinyl-Dach, Servolenkung, unter 3 000 km, zugelassen 26.5.82, Neupreis 13 800 DM, Verkauf für 10 500 DM, bei Frau Birr, Telefon-Büro 02232-73453 oder privat 02232-25664

KLEINANZEIGE

Seit einiger Zeit existiert eine "AKTIONSGRUPPE RECHT BEHINDERTER AUF SEXUALITÄT"
Wer sich interessiert oder Informationen haben möchte, wenden sich an:
Hartmut Falkenberg, Heidedyk 18, 4150 Krefeld, Tel. 02151/562611

KLEINANZEIGE

GOLF LS, Bauj. 75, 140 000 km, Automatik, ganz billig abzugeben (VB), besonders geeignet für Körperbehinderte, da Handgestänge (Bremse-Gas) im Auto ist. 1 1/2 Jahre frei, fährt noch gut, da immer regelmäßig Inspektionen vorgenommen worden sind. Schnell melde bei (telef./briefl):
Gudrung Buchholz, Girondelle 94, 4630 Bochum 1, Tel.: 02341 / 73782

KLEINANZEIGE

NORGES HANDIKAPFORBUND
Der norwegische Behindertenverband hat mit dem Fagbokforlaget ein Reisehandbuch für Norwegen herausgegeben.
Das Buch umfaßt nicht nur behindertengerechte Hotels oder Campingplätze, sondern auch zugängliche Hütten/Sehenswürdigkeiten und geeignete Verkehrsmittel wie Zug, Flugzeug und Taxi. Landkarten gehören dazu. Das Reisehandbuch umfaßt 190 Seiten und erscheint zunächst in norwegischer und englischer Sprache. Für die BRD-Leute ist ein Beiblatt erstellt worden. Bezug durch Bestellung bei:
j. Krans, Norges Handikapforbund, Nils-Hansen Vei 2, N-Oslo 6, Norwegen. Preis 23,00 DM/Stück plus Porto gegen Rechnung. Bitte angeben welche Sprache gewünscht wird.

KLEINANZEIGE

Ich suche einen gebrauchten E-Rollstuhl. Bitte melden beim CLUB 68, Köln, Tel.: 0221 / 21 8990, Stefan Fricke

KLEINANZEIGE

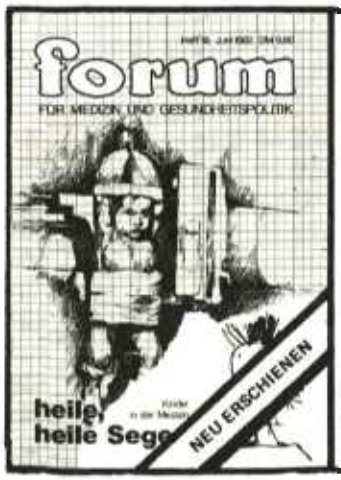
Rollstuhlfahrer, 26 Jahre, Raum NRW, sucht Kontakt mit Behinderten und Nichtbehinderten beiderlei Geschlechts. Hobbys: Rockmusik und lesen. Jede Zuschrift wird beantwortet. - Josef Wiesemann, Fredeburg, Wehrscheid 5, 5948 Schmallenberg 2

KLEINANZEIGE

Hilfsbund für Skoliosekranke: Es gibt eine weitere Kontaktadresse, sie lautet:
Hilfsbund für Skoliosekranke
"Öffentlichkeitsarbeiter"
Heine Stagge, Wilhelmstr. 256, 4500 Osnabrück, Tel.: 0541 /48 876 bei Elstrodt, ab 18.oo Uhr.

KLEINANZEIGE

KREUZFAHRT: Zusammen mit einem befreundeten Ehepaar planen wir eine Kreuzfahrt. Wir sind alle kleinwüchsig und eine von uns sitzt im Rollstuhl. Hat schon jemand im Rollstuhl an einer Kreuzfahrt teilgenommen? Wenn ja, wer könnte sich mit uns in Verbindung setzen? Die beste Auskunft bekommen wir vielleicht von denen, die selbst miterlebt haben, welche Probleme auf dem Schiff und bei Landausflügen auftreten.
Klaus Herterich, Arnold;Böcklin-Str. 16, 2800 Bremen 1



FORUM 19
- L. Roser: Hilfe für Behinderte in der Gemeinde
- Krankenhausängste, Aufsätze und Zeichnungen von Lübecker Schulkindern
- A. Comparetti/L. Roser: Förderung der Normalität und der Gesundheit in der Rehabilitation
- Cornelia, u.a.: Normdenken behindert die zwischenmenschlichen Beziehungen, bzw. Was kostet die Freiheit?
- S. Wehkamp/K.-H. Wehkamp: Kritisches zu „Kopfkorrektur"
- J. Kühl: Frühförderung hinterm Deich
- Ch. Köttgen: Suizid bei Kindern
- M. Wagner: Kindesmißhandlung – ein Gesundheitsproblem?
- W. Marg: Wo fängt Kindesmißhandlung an?
- E. Kiliali: „Was unsere Kinder seelisch krank macht." Wiesbadener Tagung der HU

FORUM 17
Gesundheitsbewegung in Deutschland und Holland / Medizinstudium in Mexico / Chinesische Medizin, u.a.

FORUM 18
Jedem Krüppel seinen Knüppel / Krankheit in Polen / Militarisierung der Medizin / Sterbehilfe / Patientenrecht / Medizin im Gefängnis

ISSN 0720 - 3187 104 Seiten
ISBN 3 - 922866-11-5
Einzelheft DM 9.80

Verlagsgesellschaft Gesundheit mbH
Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61
Vertrieb: Regenbogen-Buchvertrieb
Seelingstr. 47, 1000 Berlin 19

Redaktion
Die LUFTPUMPE
Pohlmannstr. 13
5000 Köln 60

LESERBRIEFE

INTEGRATION FÜR ALLE?

Mit Bestürzung haben wir in der Juni-Ausgabe der "Luftpumpe" den Artikel von Ingrid Häusler 'Integrationsfördernde Sparmaßnahmen" gelesen.

Ingrid vertritt darin die Auffassung, daß "Mehrfachbehinderte, schwer geistig Behinderte, Verhaltensgestörte... mitunter einen solchen Pflegeaufwand, so viel Zuwendung, Verantwortung und emotionalen Einsatz (erfordern), daß man auf keinen Fall sagen (könne), Integration sei ein "praktisches Problem". "Die Lösung (könne)... nur in einer "Durchmischung" liegen: Behinderte Kinder in Normal-Kindergärten und -schulen, nichtbehinderte Kinder in Behinderten-Einrichtungen, wenigstens im Vorschulalter". Obwohl wir das real existierenden Problem "Eltern behinderter Kinder" kennen und Eure Nöte Ernst nehmen, können wir diesen Vorstellungen von Integration nicht teilen.

Wir fordern Auflösung aller Sondereinrichtungen. Wir erachten die Behauptungen, daß es immer einen gewissen Restprozentsatz Schwerstmehrfachbehinderter geben wird, die nicht fähig sind am Leben in der Gemeinschaft mit Nichtbehinderten teilzunehmen und daher einer Sonderbehandlung bedürfen, für völlig falsch. Damit wird manifestiert, daß bestimmte Gruppen von Behinderten, wie z. B. geistig Behinderte, prinzipiell nicht integrierbar bzw. der Gesellschaft nicht zumutbar sind; ein Gedanke, der heute selbst von fortschrittlichen Sonderpädagogen mit Vehemenz bestritten wird. So wird das System der Aussonderung noch perfekter betrieben, als von den Ausgrenzern selbst. Wir verwahren uns dagegen, daß Sondereinrichtungen mit der Existenz von Schwerbehinderten legitimiert werden. Natürlich sind auch wir uns darüber im Klaren, "daß man diese Kinder nicht einfach mit einem Helfer in eine normale Schule schicken kann und nicht einfach der Mutter für den Nachmittag zurückgeben kann, in der Annahme, das wäre "Integration". Die Regelschule muß verändert werden, aber nicht nur für behinderte Schüler, die endlich dort beschult werden sollen. Auch den nichtbehinderten Kindern wird unsere Schule schon lange nicht mehr gerecht. In einer humanen Schule können behinderte Kinder niemals störend sein. Veränderungen müssen daher sein:

1. Kleinere Klassen
2. Mehrere Lehrer bzw. Erzieher in einer Klasse
3. Bessere Ausbildung der Lehrer
4. Einsatz von "Stützpersonen" in Bereichen, die für andere Lehrer zu aufwendig sind (z. B. Blindenschrift)
5. Bereitstellung aller baulichen und technischen Einrichtungen, die für optimale Förderung der Schüler notwendig sind. In solch einem humanen, angstfreien Raum zum Leben und Lernen für alle, die es möglich auf alle spezifischen Bedürfnisse von Krüppel einzugehen.

Wir wehren uns gegen den Gedanken einer "Durchmischung". Wir fordern den Kindergarten, die Schule, den Arbeitsplatz unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse für alle. Alle Menschen, die in einer Gesellschaft leben und arbeiten, müssen auch gemeinsam aufwachsen. Nur dann kann sich ein offenes, unverbogenes Verhältnis zwischen allen Gruppen der Gesellschaft herausbilden, ansonsten entstehen Vorurteile. Nichtbehinderte entwickeln kein vorbehaltloses Verhältnis zu Behinderten und umgekehrt. Dieser Weg ist solange, wie noch eine einzige Sondereinrichtung, die natürlich ihre Eigendynamik besitzt, nicht beschreitbar. Selbstverständlich wissen auch wir, daß hier in der BRD nur ein stufenweiser Abbau aller Sondereinrichtungen möglich ist.

Die These, daß wenn "weniger schwer behinderte (Kinder) in Normaleinrichtungen" aufwachsen, folglich "dann die Schwerbehinderten im allerschlimmsten Ghetto übrigbleibleiben" halten wir für verkehrt. Wir fordern ja gerade die Integration für alle Krüppel unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse. Die Tatsache, daß in Italien Schwerbehinderte in Verwahranstalten dahin vegetiren, belegt nur, daß dort der Gedanke der Integration nicht zu Ende gedacht wurde und daß uns hier in der BRD dieser Fehler nicht unterlaufen darf.

Auch wir wenden uns dagen, daß Gesellschaft und Sozialstaat die Sorge und Verantwortung für Kinder insbesondere behinderte Kinder nur allzu gern der Mutter bzw. der Familie überlassen. Unsere Forderung muß daher sein, Schaffung von genügend Kindergärten und Tagesstätten, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam aufwachsen können. Wir unterstützen Euren Kampf gegen Sparmaßnahmen im sozialen Bereich mit aller Kraft, denn der Sozialabbau fördert nicht die Integration, sondern unsere Isolation, Armut, Unfreiheit und Abhängigkeit von Instutitionen. Wir weigern uns, über Mißbrauch von Sozialleistungen zu reden, solange Unsummen in eine wahnwitzige Kriegsmaschinerie investiert werden, die Menschenleben verichten und Krüppel produzieren soll.

Wir verstehen Deine Befürchtungen und Ängste, daß auf der Suche nach einem gangbaren Weg der Integration Schwerbehinderte auf der Strecke bleiben. Wir haben aber kein Verständnis dafür, daß Du uns als "Körperbehinderte bzw. in der Körperbehinderten-Arbeit Engagierten" absprichst "von schwerer geistiger Behinderung, Mehrfachbehinderung, Autismus, Selbst- und Fremdaggression... Ahnung (zu) haben" und mutmaßt, daß wir nicht die Interessen Schwerbehinderter, wie z. B. geistig Behinderter berücksichtigen. Wir denken, daß die meisten Krüppel sehr wohl in der Lage sind, ihre eigenen Interessen zu artikulieren. Unabhängig davon, ob unsere Behinderung physischer oder psychischer Natur ist, werden wir von der Gesellschaft aufgrund der selben Strukturen und Mechanismen ausgesondert. Wir sind daher nicht bereit, uns nach unseren verschiedenen Behinderungen auseinander dividieren zu lassen. Wir wollen mit allen Krüppeln zusammen arbeiten und kämpfen gegen unsere Aussonderung.

Krüppel-Initiative-Marbug (KrIM)

Hartmut u. Armin Reiche
KFZ-Reparaturbetrieb
Leyendeckerstr. 12 · 5000 Köln 30 · ☎ 0221/557657

Buchbesprechung

Erschienen im Scherz-Verlag, Paperback, ca. 24 DM

Adam, was nun?

Kahl wie ein Brathähnchen steht der gerupfte Gockel namens "Mann" auf dem von ihm selbst verseuchten Misthaufen und krächzt wehleidig ein verängstigtes "kikeriki" in die unfreundliche Umwelt hinaus. In mitleidsvoller Güte legt eine selbstbewußte Henne den prächtig gefiederten Flügel um den verschüchterten Kerl und spendet ihm großzügig Trost.

So ähnlich muß der französischen Journalistin Christinae Collange auf ihrer Reise in die Männerwelt die maskuline Ausgabe der Spezies Mensch begegnet sein. Ein neurotischer Haufen von Dorfdeppen, keineswegs völlig unsymphatisch, aber voller Probleme und Komplexe. Ihre erstaunlichen Erfahrungen aus ca. 200 Interviews mit Männern aus der französischen Mittelschicht hat sie zu einem Buch verarbeitet, dessen deutscher Titel "Der gerupfte Pascha oder Adam, was nun?" nur unvollständig den mehr als niederschmetternden Inhalt erahnen läßt: die souveränen Patriarchen von einst rennen kopflos durch die Gegenwart und suchen zwischen Pascha und Pantoffelheld verzweifelt ein Plätzchen, wo sich gefahrlos und ruhig leben läßt.

Ein solches ist offenbar ihr fahrbarer Untersatz. Im Verkehrsstau träumen die "Auto-Autisten" von Erfolgserlebnissen, schönen Mädchen, Reichtum und Abenteuer, ohne durch lästige Telefone, Ehefrauen oder Chefs gestört zu werden. Denn wirkliche Helden sind sie keine mehr, die Männer von heute; im Gegenteil: "Mama, komm ich hab ein Wehweh!' "Diese alte Kinderklage wird heute von vielen Männern im Chor gesungen. Sie wissen nicht mehr wie sie es anstellen sollen, echte Männer zu sein."
"Offenbar tut es ihnen (den Männern) sogar gut, ihre Schwächen einzugestehen, sie geben geradezu damit an."
Derart überhebliches Weiberurteil muß der männliche Leser über sich ergehen lassen. Jawohl, er muß! Denn lesenswert ist das Buch allemal: da hilft kein empörter Aufschrei des männlichen Selbstverständnisses, kein Wehklagen über Vorurteile und Verzerrungen. So manches mal (eigentlich fast immer) trifft die Autorin den Nagel auf den hohlen Kopf des (noch) gesellschaftsprägenden Mannes: ob es um seine wachsende Eitelkeit geht oder um seinen ungebrochenen Spieltrieb.

Immer wieder habe ich (trotz meiner sehr subjektiven Einstellung zu diesem Buch) ein Stückchen meiner selbst wiedererkannt: der von seiner Gefährtin (natürlich böswillig) verlassene Mann, der pingelig und unverdrossen an liebgewordenen häuslichen Gewohnheiten festhält, der alte Gockel, der durch immer idiotischere Kleidung sein jugendliches Image aufpoliert, der Möchte-Gern-Don-Juan, der jede verführte Dame als persönlichen Sieg verbucht, aber wenn er selbst verführt werden soll, verschreckt das weite sucht und zum Moral-Apostel wird.

Da von seinen althergebrachten männlichen Privilegien dank dem beharrlichen Emanzipationskampf der Frauen kaum mehr übrig geblieben ist, als das Recht, ja die Pflicht, den Ernährer zu spielen, stürzt sich ein Großteil der Männer verbissen in den Kampf gegen die Stechuhr und Aktenberge. Doch auch hier machen ihm die Frauen mehr und mehr Konkurrenz: längst sind sich dank eigener Berufstätigkeit nicht mehr finanziell von ihm abhängig,
Weiter weiß die Collange zu berichten, daß trotz aller Bedrängnis die Männer sehr viel von ihren Frauen halten. Die eigene Lebensgefährtin wird in den höchsten Tönen gelobt, sie ist meist praktisch veranlagt, in Finanz- und Haushaltsfragen absolute Expertin, bestimmt mal liebevoll, mal resolut das Familiengeschick. Von solchermaßen edlen Geschöpfen geliebt zu werden, ist dann auch das einzige, worauf die Paschas von einst noch stolz sein können.
So scheint sich hinter der offenbar noch beherrschenden männlichen Fassade nur noch ein schrumpfendes Häufchen Elend zu verbergen, das nicht einmal mehr mühsam die Fassade von den alles beherrschenden Potenzbüffeln aufrechthalten kann. Selbst, wenn dem wirklich so ist, - was zu bezweifeln ich mich kaum noch getraue - , bleibt die Frage offen, ob Christiane Collange wirklich richtig handelt, wenn sie mit solch mitleidsvoller Herablassung den Männern von heute die Rechnung präsentiert.

Sieht man (ja mann!) es unter dem Gesichtspunkt "Auge um Auge, Zahn um Zahn", dann hat sie gewiß recht. Wieviel überheblicher Blödsinn ist schon von Männern über Frauen geschrieben worden.

"Sind die Männer schon von Natur aus wehleidiger als Frauen -, nun nicht erst recht bis zur Neurose um ihre Gesundheit besorgt?"
Ich stelle mir nur vor, ich hätte diesen Satz, die Worte Männer und Frauen vertauscht, in irgendeinem Zusammenhang geschrieben. Sämtliche Emanzen Deutschlands würden, - und das mit Recht - mich zur Schnecke machen. Solche polemischen Seitenhiebe sind weder so noch so, auch wenn sie ein Körnchen Wahrheit enthalten, ein gangbarer Weg. Und das Buch ist voll von solchen Boshaftigkeiten; die sich hinter dem Mantel liebevollen Mitfühlens verstecken: Männer jammern neurotisch hinter jedem verlorenen Haar her, haben schon in jungen Jahren eine irre Angst vor dem Tod, sind kaum im Stande mit den steigenden Anforderungen der Arbeitswelt fertigzuwerden, sie sind zu blöde zu bügeln, und überhaupt ohne die gestrenge Führung mütterlicher Weiblichkeit kaum überlebensfähig.

"Ich habe eine gewisse Schwäche für kleine und große Jungen, kurz für das ewige Kind, das bekanntlich in jedem Manne steckt." schreibt die Collange. Dieses ewige Kind im Manne treibt ihn denn auch dazu, seine Freizeit mit völlig nutzlosen Spielchen zu verplempern. Zwischen Sammeltick und Fußballwahn zeigt der ansonsten eher phantasielose Adam einen bemerkenswerten Erfindungsreichtum. Gipfel des männlichen Spieltriebs ist: die Politik.
"Die Politik ist ein Spiel. Da Männer lieber, ausdauernder und oft besser spielen als Frauen, sind sie zahlreicher in der Politik vertreten als diese. Wie lange noch?"
Sehr lange bestimmt nicht mehr, den das Spielen, bei dem die Autorin den Männern derzeit noch einen Vorsprung einräumt, wird selbstverständlich auch von den Frauen erobert werden: "Die nächste Etappe der Frauenbefreiung wäre also, zweckfrei Spielen zu lernen. Nachdem sie das Recht auf Arbeit erstritten haben, müssen die Frauen das Recht auf Erholung erobern, genau wie die Männer."

C.I.

Kein Geld für einen Rasen wegen Anti-Reagan-Plakats

Antrag des Kinderhauses Friedenau zurückgestellt — Kritik an Erziehern

Anlaß für politischen Zündstoff bot in der letzten Schöneberger Bezirksverordnetenversammlung vor der großen Sommerpause ein am Kinderhaus Friedenau angebrachtes „Anti-Reagan-Plakat". Wie der Stadtrat für Volksbildung, Ottokar Luban (SPD), jetzt auf Anfrage erklärte, sei ein Antrag der privaten Kindertagesstätte auf Finanzmittel für einen Rasen im Garten der Einrichtung mit den Stimmen von CDU und FDP vorerst zurückgestellt worden, weil erst einmal die Gesinnung der Kindererzieher geprüft werden solle.

Bekanntgeworden war der Vorgang durch eine Stellungnahme der Mitarbeiter des Kinderhauses zu der BVV-Entscheidung. Nachdem der Antrag auf Finanzmittel in der zuständigen Haushaltsausschußsitzung bereits befürwortet worden sei, könne die zurückgehaltene Zustimmung nur der Versuch einer politischen Disziplinierung der Angestellten auf Kosten der Kinder sein, schreiben die Erzieher aus der Hedwigstraße 13. In der Einrichtung werden seit zehn Jahren behinderte und nichtbehinderte Kinder zwischen einem halben und sechs Jahren gemeinsam betreut. Die Zurückstellung des Antrags bedeute, da die nächste BVV erst im September stattfinde, daß die Kinder in diesem Jahr keinen Rasen mehr erhalten würden.

Sozialstadtrat Günter Bürger (CDU) erklärte zu der BVV-Entscheidung, daß diese notwendig gewesen sei, weil hier Kinder ausgenutzt würden, um eine politische Meinung zu äußern. Es sei eine Instinktlosigkeit, dies auf Kosten der Kinder zu tun, die sich nicht dagegen wehren könnten. Zur politischen Meinungsäußerung gehöre der Mut und die Fähigkeit, sich außerhalb des Berufs zu artikulieren. Daß man die Gesinnung der Mitarbeiter prüfen wolle, bezeichnete Bürger als „großen Quatsch".

Der FDP-Bezirksverordnete Krause, aus dessen Fraktion der Antrag auf Zurückstellung gestellt worden war, erklärte die für den Rasen beantragten Mittel des Kinderhauses seien als eine Art Weihnachtsgeld oder Almosen zu betrachten, auf die es keinen Rechtsanspruch gebe. Da die 7000 bis 8000 DM aus einem Sonderfonds des Bezirkes gezahlt werden sollten, könnten die Empfänger auch eingehend geprüft werden. Ein Plakat mit der Aufschrift: „Wir wollen keinen Krieg, nirgendwo — Reagan zieh' ab und nimm die Waffen mit" müsse als Aufforderung an die Amerikaner, aus Berlin abzuziehen, aufgefaßt und damit in Zusammenhang mit der Wahlforderung der Alternativen Liste gebracht werden.

Als einen Anlaß, die Befürwortung durch den Haushaltsausschuß noch einmal zu überdenken, nicht aber als eine Frage des Überlebens, bezeichnete der Bezirksverordnete Nippert (CDU) die Zurückstellung des Antrags. Man wolle sich lediglich über die Konzeption des Kinderhausese informieren, bevor der Rasen bewilligt werde.

Als völlig unverständlich bezeichnete Stadtrat Luban den Entschluß der BVV. Der Rasen käme schließlich nicht den Erziehern, sondern den Kindern zugute und sei eine sehr sinnvolle Sache. Gerade aber für sinnvolle Sachen sollten die Sondermittel ausgegeben werden.

Unabhängig von den kontroversen Meinungen gingen gestern alle Befragten davon aus, daß die Kinder ihren Rasen noch erhalten werden. Nur in diesem Jahr werde die Anpflanzung nicht mehr möglich sein. ari

Stellungnahme der Angestellten des Kinderhauses Friedenau e.V.

Das Kinderhaus Friedenau e.V., eine integrative Kindertagesstätte für behinderte und nicht-behinderte Kinder beantragte bei der BVV Schöneberg im Mai 1982 Finanzmittel für einen Rasen im Garten.

Dieser Antrag wurde auf der zuständigen Haushaltsausschußsitzung befürwortet. Am letzten Freitag, dem 18.6.1982 lehnte die BVV Schöneberg den Antrag ab. Grund dafür war:
Herr Schumann von der FDP-Fraktion beantragte die Zurückstellung wegen eines Friedenstransparentes an der Hauswand des Kinderhauses. Er wolle erst die Gesinnung der Erzieher klären. Die CDU stimmte dieser Zurückstellung geschlossen zu.

Wir als Angestellte des Kinderhauses sehen diese Maßnahme als Versuch einer politischen Disziplinierung. Hier wird mit der Verweigerung notwendiger Ausstattungen für Kinder ein Druckmittel benutzt, uns als Angestelle zu einem politischen Wohlverhalten zu zwingen. Der in letzter Zeit verstärkt und kontrovers geführten Friedensdiskussion soll dadurch u. a. eine eindeutige Richtlinie gegeben werden. Dazu scheut sich die FDP/CDU in der Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg nicht, auf Kosten der Kinder unsere politische Willensbildung zu beeinflussen.

Wir protestieren auf's schärfste gegen Anwendung solcher Druckmittel und bestehen auf das demokratische Grundrecht freier politischer Meinungsäußerung.

Wir wissen, daß sich diese Maßnahme in vielfältige Versuche einreiht, politische Meinungen zu unterdrücken, (z. B. 400 Transparente wurden insgesamt in Berlin von Häusern durch polizeiliche Gewalt und Anzeigen abgehängt!), und Einfluß auf die gewachsene Friedensbewegung nehmen soll.

25.6.1982
i.A. für die Angestellten
Jutta Freydank

Die Schönmacher kommen 25,- DM

Straffe Beine mit BEAUTY nur 3,80

FRAUENROLLE/MUTTERROLLE:
Behinderte Frauen entsprechen nicht den gesellschaftlichen Normen, Mütter mit behinderten Kindern haben kein "normales" Kind zum Vorzeigen. Beide kommen in Konflikten mit der Umwelt. In einem V H S - Kurs sollen diese Konflikte besprochen werden und auch andere Fragen, z.B. wie hat sich das Leben der Mutter durch das behinderte Kind verändert? oder : Wie schaffen es behinderte Frauen, mit der gängigen Frauenrolle fertig zu werden? ....

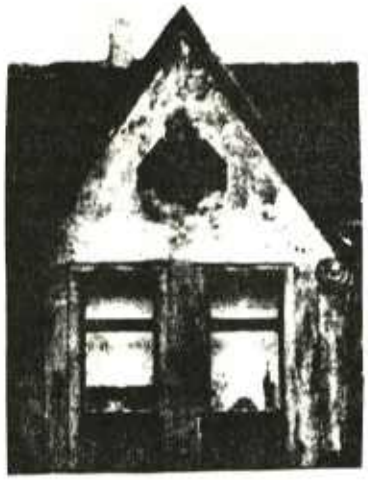
Massieren Sie sich schön!

Machen Sie das Beste aus Ihrem Typ!

Beginn: 14.09.82 um 19.3o Uhr,
Ort: 1/41, Pöppelmannstr. 2
weitere Fragen beantworten Marlies Bl. (875306) und Monika L. (6142797)

Keine attraktive Frau?

Schönheit ist alles!



M. steht am Fenster

Oder diese neue Geschichte mit M. Beendet bevor sie beginnen konnte. Graues Tuch über den Gefühlen. Das Tuch übrigens, gehörte Ulrike. Ja, Ulrike spielt auch eine Rolle in dieser Geschichte. Eine weit entfernte. Aber eine Rolle.
Ulrike ist eine Frau aus gutem Hause. Dezent geschminkt. Dezent modisch frisiert. Dezent modisch, aber teuer gekleidet. Teuer muß auch ihr Parfüm gewesen sein. Das hängt in diesem grauen Tuch. In diesem Tuch, goldfädendurchwirkt. Grau wie M. und golden wie Ulrike.
Ulrike ist geschieden. Grad eben erst. Geschieden, ein Kind. M. war oder ist ihr Liebhaber. Aber vielleicht ist das alles auch anders.

Wirklich interessiert bin ich an Franziska. Von ihr erzählt M. in nahezu jeder Situation. Bei Tag und bei Nacht. Ob die frühen Blumen ihre Köpfe hängen lassen oder der Mond hämisch über meine Liebe grinst.

Franziska

Auf einer Fotografie habe ich sie gesehen. Farbaufnahme. Unscharf. Nichts besonderes eigentlich. Jedenfalls von außen. Aber die anderen Fotos. Franziska stehend im Wald, Franziska Querflöte spielend, Franziska mit einem Bettlaken um den nackten Körper, schlafend, oder sich schlafend stellend. Sehr französich. Langes, dunkles Haar. Graublaue Augen.

Dies alles und noch viel mehr weiß ich. Es ist als stünde sie neben mir, Jeden Tag. Benutzte sie auch ein teures Parfüm? Eines, das nach Wochen noch in der KLeidung hängt. Einfach nicht wegzuwaschen. So wie Ulrike in diesem grauen Tuch.

Das ist einer der Punkte, die ich M. wirklich nachtrage. Daß er mir dieses Tuch überließ. Nicht schenkte. Nein. Das hätte er nicht tun können, nachdem es ein Geschenk von Ulrike an ihn gewesen war. Zwischen M. und mir wurde es dann quasi zum Tauschobjekt. Er wollte ein blaues dafür. (Hat er bis heute nicht gekriegt). Das graue, das Leichentuch, überließ er mir.

Als ich ihn am nächsten Tag noch einmal fragte, ob er auch wirklich gewußt hätte, was er tags zuvor getan, wurde er empört, ein wenig.

Natürlich wußte er. Es wäre nun mein Tuch.

Nun i s t es mein Tuch. Und Ulrikes schweres Parfüm liegt mir um den Hals. Ich habe mich schon gewöhnt, lege mich hinein. Und M. steht am Fenster, die Hände in den Hosentaschen, unruhig wie meist, steht am Fenster und sieht hinaus.

Silvia Sernau

WEIN UND BIERKELLER

TIP·TIP·TIP·TIP

Eine neue Auflage der Broschüre "Leitfaden der Sozialhilfe für Behinderte" ist im Juli erschienen. Der Leitfaden gibt eine Reihe von Informationen und Tips für alle, die bei Ämtern und Behörden Leistungen fordern wollen oder müssen. Obwohl einige Zahlenangaben im Heft nur für Hessen oder Frankfurt gelten, kann wohl jeder wichtige Hinweise aus dem Leitfaden entnehmen.

Bezugspreis: 1-4 Stück DM 3.-- (incl. Porto)

Kontaktadresse:

Sozialhilfegruppe TUWAS
c/o Fachhochschule
FB Sozialarbeit
Limescorso 5
6000 Frankfurt/Main

Medienbollidik

Medienbollidik vom Klubb Behinder(t)er unn von denne ihre F(r)einde, gää in Frankfurt und Umgebung

Vor einem Monat hatten einige Mitarbeiter der Redaktion LUFTPUMPE dem CeBeeF einen Besuch abgestattet, um heraus zu finden, warum der Verein die Abnahmezahl der Zeitschrift "LUFTPUMPE" von 110 Exemplaren auf 30 reduzierte. Nach einem Gespräch mit einem Verantwortlichen hatte sich folgendes herausgestellt:

Der CeBeeF hatte in der Juni-Ausgabe mittels eines Fragebogens eine Umfrage gestartet, wer an der "LUFTPUMPE" noch Interesse hätte. Die Reaktion erfolgte mit 30 Antworten, folglich nahmen die "Umfrager" an, daß der Rest der Mitglieder kein Interesse mehr an den "LUFTPUMPEN" habe. Somit ergab sich die Zahl von 30 "LUFTPUMPEN". Dazu wurde noch gesagt, daß die meisten "LP's" sowie ungelesen in den Papierkorb wandern. Also könne man das Geld für andere Zwecke verwenden.

Von dem Standpunkt des Sozialarbeiters kann die Aussage einleuchtend sein, aber wenn man überlegt, daß solche Fragebogen nur sehr schleppend beantwortet werden und teilweise überhaupt nicht, ist die Aussage des Sozialarbeiters sehr kühn. Dieser Beschluß erweckt die Annahme, daß alle Mitglieder, (ob Interesse an der Zeitung besteht oder nicht) über einen Kamm geschorenwerden.

Schaut man sich die Situation im CeBeeF Frankfurt einmal genauer an, besteht dieser Verein aus Sozialarbeitern, ZDL'ern und nicht zu vergessen, den Behinderten. Wie der Name "Club Behinderter und ihre Freunde" aussagt, arbeitet dieser Verein in erster Linie für die Rechte und Bedürfnisse der Behinderten. Dazu kommt noch der Aspekt, daß sich dieser Club als Selbsthilfegruppe versteht. Die Aussage der Hauptamtler vermittelt einen anderen Eindruck.

Die "LP" ist eine Zeitschrift, deren Hauptaufgabe darin besteht, Menschen anzusprechen die in "solchen Clubs" zusammenarbeiten. Die -schrift dient der Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter, was wohl auch im Interesse des CeBeeF liegen sollte (so lauten jedenfalls die Aussagen der Hauptamtler nach "draußen").

Aber wenn man hört von welcher Gruppe dieser fadenscheinige Beschluß kam, kann man nur annehmen, daß die Behinderten Mittel zum Zweck sind. Der Zweck ist dieser, daß die Behinderten den Sozialarbeitern eine Grundlage für ihr Schaffen oder Nichtschaffen geben sollen. Dieser Eindruck entsteht, wenn man einige CeBeeF-Mitglieder mit Dankbarkeit über diesen Verein reden hört.

Das Interesse des CeBeeF's liegt doch wohl nicht darin, Dankbarkeit, Abhängigkeit, Führungskaderdenken und Machtkämpfe zu schaffen, oder daß sich die Sozialarbeiter auf den Rücken der Behinderten ausruhen. Schließlich ist es ein Club Behinderterund ihrer Freunde.

Im übrigen ist in dem Mitgliedsbeitrag das Verteilen einer Zeitung (z. B. der "LUFTPUMPE") enthalten. Da das Interesse an der Zeitung nicht mehr besteht, kann man nur hoffen, daß dieser Mitgliesbeitrag bald herabgesetzt wird.

Oder hat der CeBeeF etwa schon eine andere "Alternative Zeitung" für Behinderte und Nichtbehinderte?

Wopo

W. Simon Inh. Kurt de Jong
Orthopädie und Bandagen
Lieferant aller Krankenkassen und Behörden

Offenbach am Main, Kaiserstraße 76,
Telefon 88 53 65

POIRIER-ROLLSTÜHLE in der Grundausstattung vielseitig verwendbar

Modell: ARNAS
Einhand-Antrieb, ideal für Halbseiten-Lähmung

Modell: REGLABE mit „Position"-Garnitur

Weitere Modelle finden Sie in unserem Hauptkatalog

Modell: UNION L 415, leicht und wendig

Prothesen aller Systeme · Gehapparate aller Art
Brustprothesen · Prothesenbadeanzüge
Leibbinden, Bruchbänder, Fußeinlagen, Gummistrümpfe, Bandagen, nach Maß.
Krankenfahrzeuge · Rehabilitationsmittel
Anus Praeter Versorgung

liefert und repariert

EINE DEUTSCHE STÜTZE NAMENS STÜTZLE

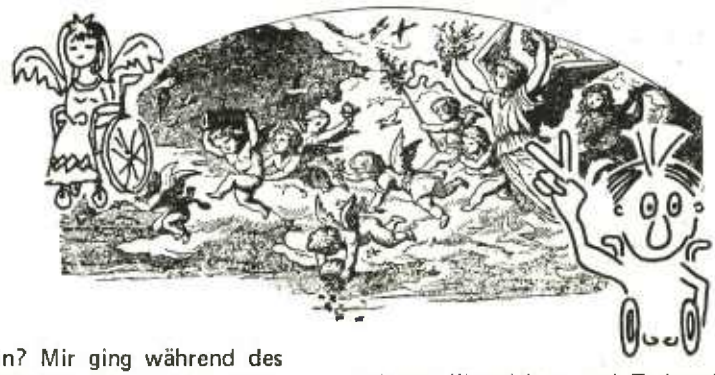
H. Stützle, berufsmäßiger Stadtrat und Münchner Sozialreferent /CSU) ist nicht nur ein praktischer Verwaltungsmensch und in dieser Eigenschaft Herrscher über einen mächtigen Verwaltungsapparat, er glaubt auch, ideologisch einiges drauf zu haben -und das äußern zu müssen. So nahm er, angeregt durch einen Artikel der LUFTPUMPE in einem Leserbrief (LP-München 5/82) an uns Stellung zur Lage der Behinderten

Dies und mehr noch eine Studie zur Bedrohung der Nation hatten heftige Empörung und Widerstand ausgelöst.

Aus dem gesamten Wirbel um diese deutsche Stütze Stützle einige Böen. Zunächst etwas aus seinem Brief an uns:

Behinderung als Geschenk Gottes

Mit einer Ent-täuschung, nämlich der Einsicht, daß man weder fachlich noch menschlich und schon gar nicht mit beliebig viel Geld jede Benachteiligung durch Behinderungen aufheben oder voll überwinden kann, bleiben Menschen mit vielerlei Behinderungen auch nach dem Jahr der Behinderten 1981 wieder allein.



Ganz allein? Mir ging während des Behindertenjahres die Frage durch den Kopf, ob man angesichts der in tausend Varianten auftretenden Abweichungen vom sogenannten Normalen nicht viel mutiger und offener die Frage nach dem Menschen stellen sollte. Was ist der Mensch?
Ist Normalsein allein erstrebenswertes Ziel und der Schlüssel zu individuellem Glück? Auch das So sein ist es, wenn man sich selbst annimmt und dieses Leben als Aufgabe und Geschenk annimmt. Doch wer schenkt Begabung und Behinderung? Hier antwortet nur noch der Gottesglaube. Von ihm war offiziell und individuell in diesem Behindertenjahr zu wenig die Rede. Leider. Denn welcher Trost liegt z. B. in dem Paulus-Wort (I.Kor. 15,42-44) vor der (künftigen) Herrlichkeit des Leibes:

Gesät wird in Verweslichkeit,
auferweckt in Unverweslichkeit,
Gesät wird in Unansehnlichkeit,
auferweckt in Herrlichkeit;
Gesät wird in Schwachheit,
auferweckt in Kraft.
Gesät wird ein sinnenhafter Leib,
auferweckt ein geistiger Leib"

Mag sein, daß viele - "behindert" oder "normal" -, mit diesem Schriftwort nichts (mehr) anfangen können. Doch welche Kraft und welcher Trost liegt in der Auferstehungsbotschaft, gerade für in diesem Leben Benachteiligte!

In der Informationschrift für Charismatische Eneuerung bekannte eine psychisch kranke Alkoholikerin: "... ich fühlte mich zum Sterben elend - als Gott begann, mich aus dieser Hilflosigkeit und Zerbrochenheit herauszuführen... es wurde mir allmählich bewußt, daß Gott in meinem Inneren wirkte."

Dann schildert die Frau, wie sie gegen alle pessimistischen Ratgeber ihrer bisherigen Umgebung "trocken" blieb, ein Kind bejahte und, unterstützt von einer christlichen Gemeinschaft, eine Wohnung und die Kraft zu einem neuen Leben fand. Ihr Sohn ist jetzt zwölf Jahre alt
und die Pessimisten warten immer noch, wie sie schreibt, auf "den nächsten Zusammenbruch, aber sie kennen meinen Halt nicht: Gott".

Dieser Trost, diese Kraft wird nicht von Sozialbehörden verwaltet. Aber auch dies gehört dazu, wenn Hilfen für Behinderte und Benachteiligte gesucht werden. Nicht als Ausflucht, wo menschliche Hilfe möglich wäre, aber als Weg über menschliches Vermögen hinaus.

H. Stützle

LP Leser gegen Stützle

Anneliese Mayer:
Die Arbeit eines Sozialreferenten sollte zum "Wohl" der sozial und wirtschaftlich Benachteiligten führen und sich nach den Bedürfnissen der Betroffenen richten. Trostworte und das Zitieren eines Korintherbriefes helfen nicht, Mißstände zu beseitigen.

Maria Hemmerlein, Dipl. Theol.:
Religion als Opium
Herr Stützle bringt, gut christlich-sozial, einen jener Vorschläge, die jahrhundertelang und leider auch heute noch dazu führen, daß traditionell benachteiligte Gruppen nichts gegen ihre Diskriminierung tun und auf spätere Glückseligkeit hoffen. Das in diesem Zusammenhang verwendete Pauluszitat paßt natürlich in eine solche Argumentation vorzüglich, entlarvt aber den Schreiber. Religion als Opium will er verordnen, ein Rezept, das genauso alt wie wirksam ist. Es nützt Herrn Stützle auch nicht, wenn er diesen Vorwurf am Ende seines Artikels entkräften will ("nicht als Ausflucht, wo menschliche Hilfe möglich wäre"), es hat sich vorher schon selbst widerlegt.

J.A., München:
Der Leserbrief des Sozialreferenten Hans Stützle löst in mir, gerade weil ich mich bemühe, als Christ zu handeln, heftige Gegenreaktionen aus. Für mich wirken seine Ausführungen pharisäerhaft. Der selbstgefällige Einführungssatz "Mit der Einsicht, daß MAN weder fachlich noch menschlich und schon gar nicht mit BELIEBIG VIEL GELD jede Benachteiligung durch Behinderung aufheben kann, bleiben Menschen mit Behinderungen auch nach dem Jahr 81 wieder allein" unterstellt, daß MAN den Behinderten mit ALLEN fach-

lichen, menschlichen und materiellen Möglichkeiten geholfen hätte. Schön wär's, aber leider ist dem in keiner Weise so.

Die weitere Ausführung des Herrn Stützle, nämlich, daß Begabung oder Behinderung von GOTT "geschenkt" wird, kann ich auch nicht unwidersprochen hinnehmen, wenn ich, wie er, auf theologischer Ebene argumentieren will: Jesus hat Blinde, Kranke, Lahme und andere Behinderte geheilt und hat seine "Mitarbeiter" immer aufgefordert, dies zu tun. Nach Herrn Stützles Bibelverständnis hätte Jesus also dem Willen Gottes zuwidergehandelt?

Bemerkenswerterweise steht in Ihrem Leserbrief nicht von dem (Sozialarbeiter) Jesus, der seinen Nachfolgern, also auch Ihnen, abverlangte das GANZE LEBEN in den Dienst am Nächsten zu stellen. (Unter dem Wort: "An ihren Früchten (Taten) sollt ihr sie erkennen")

Ich glaube, die Tatsachen des alltäglichen Alltags zeigen deutlich auf wie weit MAN noch davon entfernt ist, ALLES für die Behinderten getan zu haben!

W.S.

Herrn Sozialreferenten Stützles Leserbrief quillt über von Verständnis und Trost für Behinderte.

Nach dem Jahr der Behinderten sieht Herr Stützle die Behinderten wieder allein mit Gott, der ihnen ihre Behinderung "geschenkt" hat, aber um die Einsicht reicher, daß weder fachlich noch menschlich oder durch Geld die Benachteiligungen durch Behinderungen überwunden werden können.

So hätten Sie uns Behinderte wohl gerne, Herr Stützle. Sie meinen wohl, wir Behinderte sollen alles erdulden was uns "liebe" Mitmenschen an Diskriminierung antun und dies dann auch noch als Geschenk Gottes annehmen.

Herr Stützle, Sie haben anscheinend 1981 den Behinderten nicht zugehört, denn sonst wüßten Sie: Das Problem der Behinderten ist nicht ihre Behinderung, sondern die Diskriminierung durch die Nichtbehinderten.

Herr Sozialreferent Stützle, Sie wissen anscheinend nicht, was jeder Student des Sozialwesens schon wissen muß: Ein Mensch wird erst durch das Verhalten der Nichtbehinderten zum Behinderten gemacht.

Herr Stützle, Sie haben anscheinend die Bibel nicht richtig begriffen, denn sonst wüßten Sie: Es kann nicht Gottes Wille sein, daß Menschen durch andere Menschen diskriminiert weden. Übrigens, wenn Gott alles lenken und schenken sollte, wozu brauchen wir dann Sozialpolitik und Sozialreferenten?

Herr Sozialreferent Stützle, ich kann in Ihrem Leserbrief nur den Offenbarungseid eines erfolglosen Sozialreferenten sehen.

W. Spring

Stütz(l)e der weissen Rasse

Zur Erinnerung: Im April dieses Jahres wurde der Inhalt dieser Studie bekannt, die -von Sozialreferent Stüzle verfaßt - zahlreiche Thesen zur bevölkerungspolitischen Entwicklung beinhaltete. Der Autor lehnte sich dabei eng an die Thesen des Pariser Historikers Pierre Caunu an, der vor dem Bevölkerungszusammbruch der "ältesten und strahlendsten Zivilisation, die sich je in der Raumzeit verwirklicht hat" , warnte. Gebärunwilligkeit, Individualismus und der maßlose Gebrauch von Verhütungsmitteln bedrohten die heutige Gesellschaft, ein "Selbstausrottungstrend der weißen Rasse" sei erkennbar.

Stützle plädiert mit Chaunu daher für eine " Berufslaufbahn kinderreiche Familie",um ein "unkorrigierbares Mütterdefizit" zu verhindern. Das Papier trägt den Untertitel "Bundesrepublik als Negativbeispiel - In München wird gegengesteuert" und warnt auch vor einer "zwangsläufigen Entfremdung" Münchens, da "hier geborene echte Münchner" in puncto Familienpolitik zu zurückhaltend seien. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Studie, die im Bereich des Sozialreferates und der CSU-Fraktion verteilt worden war, wurden Stützle "rassistische Tendenzen" vorgeworfen.

aus: Süddeutsche Zeitung, 5.8.82

ANZEIGE

Sofortige Entlassung des Sozialreferenten Hans Stützle!

Mit Empörung stellen wir fest, daß der Münchner Sozialreferent und CSU-Stadtrat Hans Stützle den Kampf gegen den „Selbstausrottungstrend der weißen Rasse" zur Leitlinie der Familien- und Sozialpolitik Münchens erheben will.
Es ist nach unserer Auffassung nichts anderes als Rassismus,
- wenn Stützle vor „Problemen und Gefahren" warnt, die durch „Überfremdung durch ethnisch und kulturell ferner stehende Zuwanderer" drohten;
- wenn er die Förderung der deutschen Familie, der „echten Münchner" fordert, damit „morgen überhaupt noch genug einheimische Frauen heranwachsen", damit „noch eine Korrektur des gegenwärtigen Selbstausrottungstrends der weißen Rasse denkbar" sei;
- wenn er den „überdurchschnittlichen Zuzug von Ortsfremden" und die „niedrige Durchschnittsfruchtbarkeit der Münchnerinnen" beklagt, die München „zwangsläufig verfremden und zur Allerweltsstadt entarten" lasse;
- wenn er mit dem französischen Rassisten Chaunu den „Generationsersatz der weißen Rasse", als der „ältesten und strahlendsten Zivilisation, die sich je in der Raumzeit verwirklicht" habe, propagiert. Sein Vorschlag besteht darin, „eine Berufslaufbahn 'kinderreiche Familie' zu erschließen durch Bezahlung auf der Basis eines durchschnittlichen Facharbeitereinkommens". Dann kann sich das übrige Volk sogar seinen Familienplan... mit ihren dürftigen Familien von 1 und 2 Kindern gestatten."

Er setzt diese Ansichten in die Praxis um,
- wenn er die Münchner Praxis, Sozialwohnungen nach Vermietervorschlag und nicht nach Bedürftigkeit zu vergeben mit den Worten verteidigt: „Wenn wir es anders machen, würden wir eine unkontrollierbare Schleuse öffnen, die sich bald bis nach Asien herumspricht".
- wenn er die Behinderteneinrichtung „Pfennigparade" anweist, kein „auswärtiges Klientel" mehr aufzunehmen.

Mahnen uns nicht die ungezählten Opfer des Rassismus, ihm mit unserer ganzen Kraft entgegenzutreten und der Erfahrung zum Durchbruch zu verhelfen, daß Rassismus und Demokratie unversöhnliche Gegensätze sind?
Soll unsere Stadt noch einmal zum Ausgangspunkt für rassistischen Wahn gegen „Entartung" und „Überfremdung" werden?
Erinnert uns nicht sein Vorschlag zur Überwindung des drohenden „unkorrigierbaren Mütterdefizits" an Mutterkreuz und „Lebensborn" der Nazis?
Stützles Herrenmenschenideologie, sein propagierter Fremdenhaß sind nichts Neues, sondern ein in unserer jüngsten Vergangenheit eingesetztes Mittel, abzulenken von drängenden sozialen und ökonomischen Problemen. Die Ausländer, die Fremdartigen, werden als Sündenböcke – wie einst die Juden – hingestellt.
Deshalb fordern wir:

Sofortige Entlassung des Sozialreferenten Hans Stützle!

presserechtlich verantwortlich: Roderich Lämmerhirt, Oberseestraße 3, 8000 München 82, Telefon (089) 42 44 09. Diese Anzeige wurde ausschließlich aus Spenden finanziert. Um weitere Spenden wird gebeten! Spendenkonto: Nr. 321 890-808, Postscheckamt München, R. Lämmerhirt, Kennwort: Entlassung Stützles

HELLBRÜGGE STICHT ZU

In der LP 4/82 konnten wir berichten, daß die "sozial-gigantischen" Baupläne von Prof. Hellbrügge für den Neubau "seines" Kinderzentrums gestoppt werden konnten. Regionale und überregionale Proteste - über die wir regelmäßig berichtet hatten - führten dazu, daß die Bayerische Staatsregierung am 2.3. die Trägerschaft für die angestrebte Landesstiftung ablehnte. Begründung damals: Es fehlen die finanziellen Mittel, um diese "zentrale übergeordnete Stätte der Behindertenhilfe" zu bauen. Die Gegner dieses "Mammutprojektes" hatten insgeheim gehofft, daß die Staatsregierung sich auch die inhaltlichen Argumente, wenigstens teilweise zu eigen gemacht haben.

Aus zuverlässiger Quelle erhielten wir nun Informationen, daß in einer NICHT ÖFFENTLICHEN SITZUNG des Bezirks Oberbayern am 29.6.82 neue Möglichkeiten des Baues besprochen werden.
Prof. Hellbrügge wurde lt. seinen Aussagen eine Modellförderung des Kinderzentrums durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Aussicht gestellt! Sofern sich "der Mittelaufwand in tragbarem Rahmen hält", würde es eine Modellförderung nach Paragraph 23, Absatz 2 KHG (=Krankenhausfinanzierungsgesetz) befürworten.
Und plötzlich steht auch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales dem Neubau in München wieder positiv gegenüber. Es liegt inzwischen ein Raum- und Funktionsprogramm mit 40 Betten vor. Angeblich beschränkt sich dieses Konzept auf die unabdingbaren Notwendigkeiten - obwohl gleichzeitig in München Betten in Kinderkliniken abgebaut werden! (Hellbrügge hatte übrigens mehr als das doppelte an Betten gefordert). Die Kostenschätzungen für diesen Neubau werden "nach dem heutigen Preisstand auf 10 - 12 Mio. DM - ohne Grunderwerb (!) - geschätzt". Die Schule ist bereits genehmigt und im Bau.
Sie wird zum größten Teil vom Kultusministerium finanziert. "Nach dieser Art der Förderung (KHG) hätte der Bezirk Oberbayern lediglich 10% Eigenmittel aufzubringen. Die restlichen 90 % hat sich der Bund und das Land nach einem im Einzelfall auszuhandelnden Schlüssel zu teilen" heißt es in dem Protokoll.

Und weiter heißt es:
"An den Grundstückskosten und dem dem Träger verbleibenden Eigenanteil in Höhe von 10 % sowie an dem Defizit aus dem Betrieb ist eine Beteiligung der übrigen bayerischen Bezirke anzustreben, weil die Klinik des Kinderzentrums München vom Einzugsgebiet ihrer Patienten her einen überregionalen Charakter hat."

Ein Quadratmeter für 470 Mark

Die Gesamtkosten für Kindergarten und Schulen betragen 39 Millionen Mark. Allein das Grundstück kostete 9,33 Millionen Mark. An staatlichen Zuschüssen erwartet man 86 Prozent der Gesamtsumme; 8,5 Millionen sind für heuer bewilligt. 5,5 Millionen müsse die Aktion Sonnenschein mit Spenden finanzieren. Über zwei Millionen habe man bereits zusammengebettelt, erzählt Neupert. 1300 Spender hätten symbolisch „einen Quadratmeter Sonnenschein" für 470 Mark gekauft.

Erster Spatenstich zum Montessori-Zentrum

Den ersten Spatenstich für den Neubau ihres Montessori-Kindergartens und die Montessori-Schulen feierte am gestrigen Mittwoch die Aktion Sonnenschein an der Heiglhofstraße in Großhadern. Im September 1985 sollen die Projekte für insgesamt 720 behinderte und nichtbehinderte Kinder fertiggestellt sein. Die Gesamtkosten werden auf 39 Millionen Mark geschätzt; 33,5 Millionen Mark erwartet man an staatlichen Zuschüssen. Realisiert wird mit diesem Spatenstich der erste Teil des Kinderzentrums, das Professor Theodor Hellbrügge in Großhadern plant. Ende vergangenen Jahres war Hellbrügges Konzept eines Kinderzentrums heftig kritisiert worden. Befürchtet wurde von verschiedenen Seiten die Entstehung eines „Riesengettos" für Behinderte.

Trotz dieser hohen Kosten - die laufenden Kosten sind überhaupt nicht absehbar! - wird an diesem Projekt festgehalten. Der Rotstift wird bei den kleinen Gruppen angesetzt, ambulante Modelle bangen um ihre Existenz, während man für repräsentative Großprojekte scheinbar Mittel zur Verfügung hat. Sicherlich fällt hier bald das Argument für die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft. Im Protokoll heißt es bereits: "Der Standort Großhadern bietet durch die enge Nachbarschaft zum bestehenden Klinikum Großhadern des Freistaates Bayern und wegen der Einbindung in die Gesamtkonzeption des Kinderzentrums München die besten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Lösung der Unterbringung der Klinik!", argumentiert man beim Bezirk. Dabei hatte die Bundesregierung bereits 1980 jeglichen Zentralisierungen eine klare Absage erteilt und warnte vor den damit verbundenen bürokratischen Verselbständigungen. "Sie müssen deshalb abgebaut werden. ... Statt dessen werden gemeindenahe, ambulante soziale Dienste gefordert. "

Scheinbar kann man aber erst abbauen, wenn man vorher aufgebaut hat!
Durch dieses sozial-politisch überholte Prestigeprojekt würde "die international angestrebte Gemeindeorientierung der Behindertenhilfe einen schweren Rückschlag erleiden." (Speck)

Der Adressat der Protestbriefe ist ab jetzt das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.....!

Den Baubeginn für Kindergarten und Schule hat man in aller Stille vorbereitet und am 4.8.82 gefeiert (siehe Artikel der SZ vom 5.8.1982):

C.F.

Exclusiv

Einige AUSZÜGE aus dem Protokoll der Sitzung der Bezirkshauptverwaltung des Bezirks Oberbayern vom 29.6.82

Az.- 531.18
Kinderzentrum München:
Antrag auf Bedarfsprüfung

Beschluß des Gesundheitsausschusses vom 29.6.82 -vorberatend - nicht öffentlich
Beschluß des Bezirksausschusses am 29.6.82 - beschließend - nicht öffentlich

1. Sachvortrag:
Gesundheits- und Bezirksausschuß haben sich zuletzt in ihren Sitzungen am 2.6. und 28.8.1981 mit dem Kinderzentrum München befaßt. Auf die Sachvorträge und Beschlüsse zu diesen Sitzungen wird ausdrücklich verwiesen. Seither hat sich folgende Sachstandsentwicklung ergeben:

.....

.....

3. Mit Schreiben vom 8.2.82 der Inneren Mission wurde das Mietverhältnis in den Räumlichkeiten des Löhehauses (jetzige Klinik des Kinderzentrums, d. Red.), Blutenburgstr. 71, endgültig zum 31.12.1983 gekündigt. ... Die Innere Mission macht für die Kündigung dringenden Eigenbedarf geltend. In intensiven Verhandlungen kam zum Ausdruck, daß der Vermieter unter keinen Umständen bereit ist, das Mietverhältnis fortzusetzen und daß die Kündigung unabänderlich ist.
4. Die Bayerische Staatsregierung hat auf ihrer Sitzung am 2.3.82 beschlossen, daß "... sich der Freistaat Bayern aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in der Lage sieht, die Rechte und Pflichten eines (Mit)-Trägers einer Stiftung Deutsches Kinderzentrum München zu übernehmen." Die Übernahme von Defiziten durch den Staat wurde ebenfalls abgelehnt.
5. In der Folgezeit wurden Gespräche insbesondere durch Herrn Prof. Dr. Hellbrügge im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung geführt. Hier wurde die Bereitschaft zur Modellförderung des Kinderzentrums München durch den Bund in Aussicht gestellt.
In Gesprächen mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung hat sich die Möglichkeit angedeutet, sofern der Mittelaufwand sich in tragbarem Rahmen hält, eine Modellförderung nach § 23, Absatz 2 KHG zu befürworten. Einem Neubau in Großhadern steht das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung positiv gegenüber, da sich der finanzielle Bedarf gerade an diesem Standort in sehr engen Grenzen hält.
Bezüglich der Modellförderung ist ein Zusammenwirken zwischen Land und Bund erforderlich.

GuidosimpleX jetzt auch in Deutschland GuidosimpleX jetzt auch in Deutschland

GuidosimpleX jetzt auch in Deut

Warum lenken Sie Ihr Kfz., als Rollstuhlfahrer, nicht mit beiden Händen am Lenkrad?

Müssen Sie nicht 12 verschiedene Schalterfunktionen, lt. Führerscheinauflage, (funkelektronisch), zentral vom Lenkrad aus, schalten können?

Mit GuidosimpleX können Sie noch viel mehr!

REHA GmbH
Komplettausrüster von Behinderten-Kfz

Ludenberger Str. 15 - Hardtstr. 56
4000 Düsseldorf-Grafenberg
Tel. 02 11/68 13 56

GuidosimpleX jetzt auch in Deut

Schritt für Schritt . . .

Ziel der Aktion Sonnenschein ist es, Schritt für Schritt das gesamte Kinderzentrum zu realisieren. Besonders bei der Klinik eile es, da die Innere Mission, die für das Löhehaus Eigenbedarf angemeldet hat, zum 31. 12. 1983 gekündigt habe, sagt Neupert. Der Plan, für die 40-Betten-Klinik mit Ambulanz eine Stiftung zu gründen, war zunächst gescheitert, da der Ministerrat die Übernahme einer Staatsbürgschaft ablehnte. Nach der Sommerpause werde man mit dem Sozialministerium intensiv über die Rechtsträgerschaft der Stiftung verhandeln. Den Bau der Akademie als Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätte schließlich wolle die Stiftung behindertes Kind in Frankfurt unterstützen.

6. Es liegt inzwischen ein Raum- und Funktionsprogramm mit 40 Betten einschließlich 8 Mutter-Kind-Einheiten für einen kleinen Neubau in Großhadern vor.

7. Im Laufe des Juli 1982 wird die Aktion Sonnenschein auf einem von der Landeshauptstadt München in Großhadern zur Verfügung gestellten Grundstück mit dem Bau der privaten Montessori-Schulen beginnen. Hierfür werden 1982 8,5 Mio. DM ausgegeben. Für diese Maßnahme sind Fördermittel nach dem Sonderschulgesetz durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus bewilligt.

Aufgrund dieser geschilderten Entwicklung ist der Bezirk Oberbayern nun gezwungen, eine Entscheidung über die weitere Unterbringung der Klinik des Kinderzentrums München zu treffen:

. . . . . .

6. Der Bezirk Oberbayern ist wegen der Kündigung des Löhehauses zum 31.12.82 gezwungen, zum jetzigen

II. Antrag:

1. Das Bedarfsprüfungsverfahren beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung für eine Klinik des Kinderzentrums München mit 40 Betten einschließlich 8 - Mutter-Kind-Einheiten wird mit dem Standort Großhadern fortgesetzt. Eine Modellförderung aus Bundes- und Landesmittel ist anzustreben.

2. Die Einbeziehung der übrigen bayerischen Bezirke bezüglich der investitiven und nicht gedeckten den Kosten ist auf dem Verhandlungswege vorzusehen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Landeshauptstadt München in Verhandlungen über ein geeignetes Grundstück in Großhadern einzutreten.

Zeitpunkt eine Entscheidung zu treffen. Der Standort Großhadern bietet durch die enge Nachbarschaft zum bestehenden Klinikum Großhadern des Freistaates Bayern und wegen der Einbindung in die Gesamtkonzeption des Kinderzentrums Münchens die besten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Lösung der Unberbringung der Klinik.

BERGGARTEN GmbH
7881 Großherrischwand

Als Hofgemeinschaft betreiben wir naturnahen Landbau und führen einen Groß- und Einzelhandel für umweltfreundliche Produkte:
50 verschiedene Artikel aus

UMWELTSCHUTZPAPIER

sowie Holzspielzeug, Kinderkleidung aus Naturstoffen, handgesponnene Wolle u.a.

Unsere Berggarten-Nachrichten mit 20 Seiten über unser alternatives Leben und unser Versandangebot schicken wir für 2,20DM in Briefmarken.

Anzeige

Undank

Ihr Herz für die "Sorgenkinder" entdeckten auch in München ein großes Werbeblatt und "Schwabinger Geschäftsleute". Groß als "Bürgerfest" angekündigt, wollten 'die Schwabinger Geschäftsleute in der Herzogstraße ausnahmsweise mal kein Geschäft machen" (Werbeanzeiger).
Allerdings hielt sich die Freude in Grenzen, als ca. 30 "Protestierer" darunter 15 "Sorgenkinder" um die "Riesentorte" sich gruppierten und mit Plakaten, Transparenten und Flugblättern auf die Fragwürdigkeit und Problematik dieser Aktion hinwiesen. Die Organisatoren, die zuerst dachten, dies sei eine Aktion eines in der Nähe liegenden Heimes, sozusagen als "Danke-schön", reagierten sehr ungehalten, als die Behinderten sich vor die Kamera des ZDF schoben. Die Werbefotogaphen waren eifrig bemüht, Aufnahmen ohne Protestplakate zu bekommen. Ein Organisator drohte mit Polizei und stellte fest: "Wir lassen uns von Euch unser Fest nicht kaputtmachen, wenn wir Gutes tun wollen, dann

Protest gegen Torte für „Sorgenkinder"

München (AZ) — Behinderte und ihre nichtbehinderten Freunde protestierten am Samstag gegen das „Sorgenkinder-Image". Bei einem von Schwabinger Geschäftsleuten zugunsten der „Aktion Sorgenkind" veranstalteten Straßenfest, bei dem für die „Sorgenkinder" eine große Torte angeschnitten wurde, demonstrierten sie gegen diese und ähnliche Mitleidsaktionen, die für das Selbstverständnis der Behinderten negativ sei.

Von den Spenden für die „Aktion Sorgenkind" würden Sondereinrichtungen für Behinderte geschaffen. Alte und Behinderte würden so in Heime abgeschoben statt integriert. Gerügt wurde auch die „bei Geschäftsleuten immer beliebter werdende Methode, durch Spenden kostenlose Werbung zu bekommen" AZ

tun wir das!", und meinte mit einem Blick auf die "roten Flugblätter" (waren orange), daß wir von den Kommunisten kämen. Werbewirksam mußte dann Bürgermeister Zehetmeier vor den Geschäften der uneigennützigen Geschäftsleute für die Fotografen possieren, und auch die Politiker durften bei dem Treiben nicht fehlen.
.... die Lokalpresse berichtete am nächsten Tag:

Einige Beispiel aus den "Danke-Schön"-Sendungen des ZDF vom 25.7.82 (jeden Sonntanachmittag): Überall fanden VIELE HILFREICHE STRASSENFESTE statt. Der Reinerlös von xxx,xx DM ging auf das KONTO DER HILFE. Die Sorgenkinder sind FÜR JEDE SPENDE DANKBAR .... Fußballspiel von Prominenten EINE LUSTIGE ABER AUCH HILFREICHE VERANSTALTUNG oder DER MIST ZWEIER HAFFLINGPFERDE WURDE ZUGUNSTEN AS VERKAUFT = EINE HILFREICHE IDEE. und der Gipfel der ganzen Superlative, ein Plakat bei einer Party: DIE TOILETTE IST ABGESCHLOSSEN. DER SCHLÜSSEL IST GEGEN EINE KLEINE SPENDE F. DIE AS ZU BEKOMMEN. Da gingen 53,00 DM auf das Konto der Hilfe.

Aktion Sorgenkind
Rezept für diese Torte:
300 Stück Eier
1500 gr. Zucker
1500 gr. Mehl
1000 gr. Butter
1000 gr. Marzipan

Auf die Dauer hilft nur Krüppelpower

Am Anfang dieses Jahres begannen wir voll Power an dem Thema Behindertengerechter Öffentlicher Nahverkehr zu arbeiten. Die Situation ist hier, wie überall: die Stadtwerke haben keine Beförderungspflicht, und verweisen uns auf den so toll funktionierenden Behindertenfahrtendienst, der zudem noch gekürzt wurde. Die Offiziellen drehen und winden sich, und äußern sich nicht, oder nur sehr mager zu unseren Forderungen. Dies wurde besonders deutlich, als wir am 8.4. in der Münsterschen Innenstadt eine Busblockade machten, sozusagen als "Auftakt" für unsere darauffolgende Informationskampagne. So stellten wir uns hin, verteilten sehr brav Flugblätter und sammelten Unterschriften. Dadurch wurde uns erst recht bewußt, auf was für eine Ebene wir uns begaben. Kommentare wie: "Oh ja ; ich finde auch, daß man für Behinderte 'mal was tun muß", brachten uns sehr schnell zu der Überzeugung, daß wir auf diesem Weg nicht sehr weit kommen würden. Denn ernst genommen wurden wir dadurch erst recht nicht. Wir sammelten Unterschriften, und trafen auf das überaus große politische Bewußtsein, was sich vom "Über-den-Kopf-streicheln", bis zum 10,00-DM-zustecken" erstreckte. Um unsere Forderungen klarer rauszubringen machten wir am 5.6. eine erneute Busblockade, die parallel zur Eröffnungsveranstaltung zur Behindertenwoche lief. Wir stellten dort die Forderung auf, daß das Thema in der nächsten Stadtratssitzung abgehandelt wird , mit einer Empfehlung an die Stadtwerke, daß sie ihrer Beförderungspflicht nachkommen sollen. Erst nach Verhandlung mit den Offiziellen (CDU-Ratsherr Volkert -Vorsitzender der Behindertenkommission- und SPD-Ratsherr Andersson -Aufsichtsratmitglied der Stadtwerke); und nachdem der Busverkehr zusammenbrach, lösten wir die Blockade auf. Die Reaktion der Presse war einfach umwerfend. Man hielt es für wichtiger, über die Ringelreihtänze der Behinderten während der Feierlichkeiten der Eröffnungsveranstaltung der Behindertenwoche zu berichten, und erwähnte uns als "Chaoten" im Nebensatz.

Wir ließen uns nicht beirren, sondern fingen an, uns genau auf die Stadtratssitzung am 7.7.82 vorzubereiten. Dazu erstellten wir eine Broschüre, in der wir fachlich, sachlich und informative Zusammenhänge der Situation in Münster aufzeigten. Auf der Ratssitzung am 7. Juli demonstrierten die Ratsherren dann auf sehr eindrucksvolle Weise, welch eine Ignoranz und letztlich auch wieviel Verachtung hinter den bestehenden Verhältnissen steckt, und das man daran auch tunlichst nicht rühren will.

Die am Anfang übergebenen 5 000 Unterschriften stießen auf unverhohlenes Desinteresse, die ausgelegten Broschüren hatten bis heute noch keine Reaktion zur Folge. Ratsherr Volkert zwängte sein soziales "Engagement" in zehn Anfragen, die von Seiten der Stadtwerke wieder zur Verdrehung der Tatsachen, und dem erneuten Vorbringen der bekannten Scheinargumente genutzt wurden. Auf den Antrag der GAL - Fraktion, den Nahverkehr phasenweise umzurüsten, konnten sich die Räte kaum noch konzentrieren, mußten mehrfach zur Ordnung gerufen werden, und ließen nach den Ausführungen keinerlei Wortbeiträge oder Diskussionen folgen. Damit machten sie allen Anwesenden, sowie dem von uns eingeladenen Fernsehteam, sehr deutlich, wie uninteressant das Thema einzustufen ist. Leben kam erst in diese scheinbar leblose Runde, als am anderen Ende des Saales unser Transparent "Wir fühlen uns betrogen" hochgehalten wurde. Oberbürgermeister Pierchalla nutzte die Situation, um sich äusserst telegen in Szene zu setzen, stürmte auf die "Störer" zu, entriß dem Sprecher den Text, zerrte wütend am Transparent herum und verwies alle lautstark des Hauses. Ein wahrer Sponti;Repräsentant ....
die Presse jedenfalls nahm's im übel, prophezeite schwindendes Ansehen und Sympathie für die "Falschen". Zugegeben, auch wir hatten soviel Ehrlichkeit und damit Stoff für Leserbriefe und die Alternativpresse nicht erwartet. Nach der Ratssitzung, und der diesmal für uns tollen Presse, gingen die entlarvten Wohltäter in die Offensive. Ratsherr Volkert schrieb einen Brief an den WDR-Intendanten, in dem er das TV-Team, was bisher nur über uns gedreht hatte, der "Hofberichterstattung für Chaoten" bezichtigte. Er sah halt wohl seine Felle schwimmen, denn für die Art der Behindertenarbeit, wie sie dieser "Vater" vollbracht hat, wurde nie ein derartig großes Interesse gezeigt, wie für die unsrige.

So wurde die nächste Aktion, zwei Wochen später von ganz anderer Seite angeleiert. Die Stadtwerke holten aus, das Argument "Rollstuhlfahrer in Bussen gefährden sich und andere" zu untermauern.
Man bestückte einen Bus mit Rollstuhl nebst Puppe darin, einigen Journalisten, und probte den Ernstfall, in Form einer Vollbremsung bei 30 km/h. Die wirklich Betroffenen waren (natürlich) ausgesperrt. Nach den ersten Versuchen - der Rolli denkbar ungünstig in Fahrtrichtung im Mittelteil stehend - erfüllte alle Hoffnungen, schwante es den Presseleuten, daß hier vielleicht nicht der optimale Standort gewählt wurde. Nach entsprechender Änderung, der Rolli wurde nun mit dem Rücken zur Fahrtrichtung postiert, passierte .... n i c h t s !!!

Jedenfalls der Puppe im Rolli nicht, den Herren der Stadtwerke war da schon mehr passiert:
Wie man auch in den Zeitungen später lesen konnte, war ihnen das Argument der Sicherheitsbedenken, mit dem seit Jahren Behinderte den Bussen ferngehalten werden, verloren gegangen. Übrig bleiben die fehlenden Finanzen.

Unser nächster Schritt ist eine Feststellungsklage vorm Verwaltungsgericht, um Klarheit über Beförderungspflicht "JA oder NEIN" zu bekommen. Das Ergebnis wird wohl nicht überraschend sein, aber vielleicht unser Erscheinen!!!!!

Eva-Regina Peter / Birgit Edler

In der Juli/August LP berichteten wir über schwere Mißstände in Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt (AW) München.

Die Vorwürfe konnten nicht widerlegt werden: der "Arbeitskreis gegen Menschrechtsverletzungen" und die "Grauen Panther" erhielten weitere Informationen: am 28.7.82 berichtete auch der Bayerische Rundfunk in der Sendung "Mißstände im Altenheim".

Vom Pressesprecher der AW erhielten wir einen längeren Artikel, den, von einem Vorstandmitglied der AW gekürzten Bericht drucken wir im Folgenden ab. Der Autor, Herr Baumeister, teilte uns in einem Begleitbrief mit, "daß es einem Gebot der Fairness entspricht, das Zerrbild über die Arbeiterwohlfahrt in der letzten Ausgabe etwas zu korrigieren".

Die Redaktion der LP möchte an dieser Stelle betonen, daß die Vorwürfe sich speziell gegen einige Einrichtungen, Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder richten und keine "Kampagne" gegen die AW darstellt!

Selbstverständlich ist uns bekannt, daß die AW auch vorbildliche Einrichtungen, ambulante Dienste usw. unterhält; entsprechende Initiativen sind wir gerne bereit in der LP vorzustellen.

Wir betrachten diesen Artikel als eine Art "Gegendarstellung" und verzichten auf eine weitere Kommentierung, ungeachtet der Richtigkeit dieser Darstellungen. Die Leser der LP werden wir weiterhin auf dem laufenden halten!

Gegendarstellung

Münchens zweitgrößter Einrichtungsträger auf dem Gebiet der Seniorenbetreuung, die Arbeiterwohlfahrt, kam ins Zwielicht. Die erhobenen Vorwürfe sind dazu angetan, das Vertrauen in die Arbeit der Freien Wohlfahrtsträger so schwer zu erschüttern, daß man künftig noch mehr Angst als bisher haben muß, alt oder gar pflegebedürftig zu werden. Wenn bei einem renomierten Wohlfahrtsverband, dessen erklärtes Ziel seit mehr als 60 Jahren die Hilfe für Schwache und Hilfsbedürftige ist, solche Mißstände vorkommen, wie mag es da hinter den Kulissen aussehen. Aus diesem Grund muß versucht werden, die Anschuldigungen auf jenes Maß zurückzuschrauben, das einer so wichtigen Sache gerecht wird.

Die Vorwürfe stammen im wesentlichen aus vier Quellen

- dem Seniorenschutzbund "Graue Panther"
- dem ehemaligen Beiratsmitglied der AW Gerhard Sperling
- dem entlassenen Stationsleiter der Münchener AW
- und dem Arbeitskreis gegen Menschenrechtsverletzung in den Heimen

Die wichtigste Erkenntnis zuerst. Die Anschuldigungen wurden nicht gegenüber der Geschäftsleitung oder dem nach Gesetz verantwortlichen Vorstand erhoben, sondern den Massenmedien zugespielt. Nach dem Motto: Wo Rauch ist, ist auch Feuer, bleibt auf alle Fälle etwas hängen und man hat die gewünschte Aufmerksamkeit erreicht. Die notwendigen Korrekturen der Schlagzeilen sind weit weniger wichtig, Graue Panther : Um die Jahreswende hatte die Organisation etwa 80 Mitglieder.

Obwohl die Arbeiterwohlfahrt gerne mit dem Senioren-Schutzbund zusammengearbeitet hätte, um eine Besserstellung der Alten und Pflegebedürftigen zu erreichen, geschah das Kennenlernen über die Presse. Obwohl man die angeblichen Mißstände bereits vor dem Weihnachtsfest 81 festgestellt haben will, gab man sie erst im März 82 an die Presse. Es erfolgte keine Meldung in dieser Zeit bei der Geschäftsführung, dem Vorstand, kommunalen oder staatlichen Aufsichtsbehörden. Beim Senioren-Schutz-Bund liefen die Telefone heiß und man hatte den gewünschten Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit erreicht.

Zum Fall Sperling: Ein Schreiben von ihm an den AW-Vorstand gerichtet, gelangte auf wundersame Weise an die Öffentlichkeit. Nur ein Beispiel daraus. Er kreidet einem Vertragsarzt an, er habe sich zu wenig um die Patienten gekümmert. Was schamhaft verschwiegen wird, daß in allen Einrichtungen der Münchener AW freie Arztwahl herrscht, und nachweislich auch ausgeübt wird. Daß er selbst einmal Arbeitnehmer der AW war und fast zwei Jahre im erweiterten Vorstand saß und erst als man ihm wegen seines unmöglichen Verhaltens den Stuhl vor die Tür setzte mit seinem Wissen auspackte.

Noch viel bezeichnender aber ist die Tatsache, daß jener Sperling trotz aller Anschuldigung die er gegen die AW erhob, mit allen Mitteln gegen seinen Ausschuß kämpft, um wieder in den Vorstand zu gelangen.

Zum Fall des entlassenen Stationsleiters:

Die staatliche Aufsichtsbehörde wird bei einem Kontrollbesuch fündig. Auf einer Station werden unhygienische Zustände festgestellt während das übrige Haus ohne Beanstandung

bleibt. Der Stationsleiter, der versichert hat, ihn interessiere nicht die Station sondern seine Betriebsratstätigkeit mit Leib und Seele wird entlassen. Er klagt beim Arbeitsgericht.

Der Arbeitskreis gegen Verletzung der Menschrechte klagt auf einer Demonstration über die Zustände auf dieser Station. Als Kronzeugen dabei der entlassene Stationsleiter und Gerhard Sperling. Was aber noch viel mehr zur allgemeinen Verwirrung beiträgt, ist die Tatsache, daß ein Teil der Wortführer, die als GRAUE PANTHER den ersten Angriff gegen die AW starteten, auf dieser Demonstration nun die Wortführer dieses Arbeitskreises sind.

Frau Edith Thoma
Vorstandsmitglied
AW-München

IMPRESSUM

Anschrift:
LUFTPUMPE
Zeitung zur Emanzipation
Behinderter und Nicht-Behinderter

Herausgeber und Verlag:

Verein zur Förderung der
Emanzipation und Integration
Behinderter e.V.
Pohlmannstr. 13
5000 Köln 60

Einzelpreis je Heft: DM 1,50

Abopreis jährlich: DM 16,00
Die Umsatzsteuer ist im Preis enthalten
(Für Mitglieder ist der Betrag der Zeitung im Mitgliedsbeitrag enthalten)

Gültig ist die Anzeigenpreisliste 4 A
Anzeigenredaktion:
Klaus Kirberg, Wolfram Jakob

Erscheinungsweise: monatlich 11 mal im Jahr
(Doppelausgabe Juli/August)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Lothar Sandfort, Geberstr. 44, 5204 Lohmar 1
C.F. Ingemey, Neuenhöfer Allee 104, 5000 Köln 41

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Layout: Uschi Wasel
Abo-Vertrieb: Phillip Ulmer

Druck:
Rhode/Stankowsky, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Gesamtauflage ca. 6000

Regionalredaktion Köln
Pohlmannstr. 13, 5000 Köln 60

Katherina Döhring 0221/856518
C.F. Ingemey (Kalle) 0221/437404
Wolfram Jakob 02203/12153
Klaus Kirberg 0221/7122780
Marlene Kirberg 0221/7122780
Rainer Laux 0221/409073
Lothar Sandfort 02246/3628
Phillipp Ulmer 0221/714871
Ursula Wasel 02246/3628

Regionalredaktion Rhein/Main:
Silvia Sernau, Spessartstr. 8, 6000 Frankfurt/M. 60

Jürgen Iversen 0611/6661296
Maritta Leiß 0611/454707
Stefan Lux 0611/596653
Wolfram Porsch 0611/454707
Silvia Sernau 0611/497596

Regionalredaktion Berlin
Sybelstr. 52, 1000 Berlin 12

Ursula Baesler 030/3231483
Götz D. Hochfeld 030/4342117
Martin Marquard 030/7865108

Regionalredaktion München
c/o VIF, Herzog-Wilhelm-Str. 16
8000 München 2

Günter Allstädt 089/3592803
Irene Bauer 089/484661
Ilse Busse 089/3004605
Claus Fussek 089/591934
Marie L. Kalchschmidt 089/8415565
Anneliese Mayer 089/4310176
Werner Müller 089/1572181
Inge Plangger 089/835451
Michale Simon 089/301237
Werner Spring 089/303148
Michael Swatschek 089/5380444

Faltfahrstühle

Elektro-Fahrstühle

Dusch- und Toilettenstühle

Gehhilfen
Gehgestelle

Mittel zur Selbsthilfe für den Versehrten

K. Strohn
Sanitätshaus
Orthopädie - Bandagen

5000 Köln 91 (Kalk)
Taunusstraße 2
Fernruf (02 21) 83 19 59

5653 Leichlingen
Ermlandweg 27
Fernruf (0 21 75) 26 05

Vorsicht: Satire!

Diesmal, liebe Leserin, lieber Leser, müßen wir an dieser Stelle ein sehr ernstes Thema behandeln. Das Lachen. Nicht das normale Lachen, sondern das Lachen von Behinderten. Letzeres ist nämlich garnicht lustig, im Gegenteil.

Diese weise Erkenntnis steht schwarz auf weiß gedruckt in einem schönen Heftchen, welches das Land Niedersachsen (nicht zu verwechseln mit Ostfriesland) zum (gottseidank) vergangenen Jahr der Behinderten herausgegeben hat. Mit dem Segen der ehrwürdigen Bundespräsidentengattin versehen, wurde den Behinderten („Kranken") der wohlmeinende Ratschlag erteilt, im Beisein von Nicht-Behinderten unter keinen Umständen zu lachen.

Denn was bei den einen ein ganz natürlicher Ausdruck der Fröhlichkeit ist, kann bei den anderen einen ganz falschen Eindruck erwecken. Das durch unbändiges Lachen entstellte Gesicht eines Behinderten, - es ist traurig aber wahr -, könnte doch bei dem nichtbehinderten Betrachter den Eindruck erwecken, der lachende Krüppel sei nicht ganz bei Trost, verrückt womöglich oder noch schlimmeres. Und das wollen wir doch vermeiden, oder nicht?

Darum, liebe Krüppel, solltet ihr in eine der seltenen Situationen geraten, wo ihr im Beisein von Nicht-Behinderten etwas zu lachen habt, verkneift es euch. Denkt an den Zahnarzt oder die Aktion Sorgenkind, dann wird euch das Lachen schon vergehen. Macht traurige Mine zu fröhlichem Spiel. Das ist vielleicht nicht immer ganz so einfach, aber wenn das doch in einer so hochoffiziellen Druckschrift geschrieben steht, dann muß man sich doch wohl daran halten.

Andererseits jedoch muß man bedenken, zeigt jemand gar keine Reaktion auf einen Witz, und sei er auch noch so dämlich gewesen, dann wird das ihm auch angekreidet. Der ist nämlich entweder zu dumm um den Witz zu verstehen oder der hat keinen Humor. Darum, liebe Behinderte, zeigt eure Belustigung auf andere Weise. Hier einige wohlmeinende Vorschläge der LP-Redaktion:

Haltet immer ein Schild bereit mit der Aufschrift "HaHaHa...". Das könnt ihr im geeigneten Augenblick mit Leichenbittermine hochhalten.

Für etwas bequemere Behinderte empfiehlt sich eine kleine elektronische Zusatzeinrichtung, der bewährte "LACHOMAT". Der gibt vom akustisch dezent angedeuteten Schmunzel bis zum herzhaft dröhnenden Lachen in 12 Stufen auf Knopfdruck jede gewünschte Belustigungsäußerung von sich. Das Gerät ist wiederaufladbar, eine Ladung reicht für ca. 1000 Witze mittlerer Qualität oder eine Rede des Bundeskanzlers zum Thema Friedenspolitik.

Sicherlich hat der Lachverzicht aber auch gesundheitliche Vorteile: denn obwohl ein deutsches Sprichwort sagt "Lachen ist gesund", scheint es in der Praxis ganz anders auszusehen. Da heißt es dann: "Ich lach mich krank!", "Ich lach mich schief" oder "Ich lach mich kaputt". Und das soll gesund sein? Ja selbst zum äußersten kann es kommen, will man dem Volksmund glauben schenken: "Ich lach mich tot" ist ein oft gemachtes, aber selten gehaltenes Versprechen.

So lehrt uns die Niedersächsische Landesregierung eines: Humor ist nicht, wenn man trotzdem lacht, Humor ist, wenn man trotzdem ernst bleibt. Aber ein herzhaftes Lachen sollten sich die Nicht-Lacher aufbewahren, denn eines stimmt nach wie vor: Wer zuletzt lacht, lacht am besten!

Kuhi

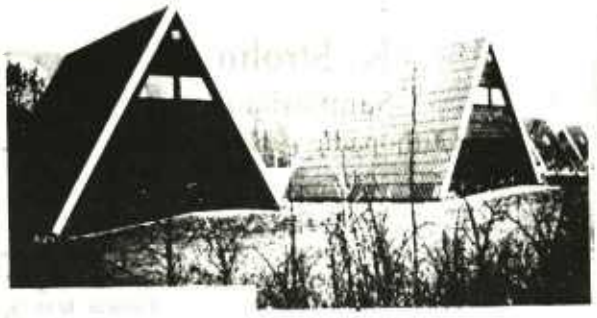
KEINE SATIRE!

Ein Mitglied hatte kürzlich ne Panne mit dem E-Rollstuhl, weil die Batterie den Geist aufgegeben hatte. Der Hilfsmittel-Händler stellt eine Wartezeit von ca. 10 Tagen in Aussicht. Was tun? Die Betroffene hatte Angst, schnell mal zur Tankstelle an der Ecke zu gehen, wo das Problem u. U. in 10 Minuten gelöst worden wäre. Problem : sie hatte Angst, die Krankenkasse (in diesem Fall die AOK) würde nicht zahlen.

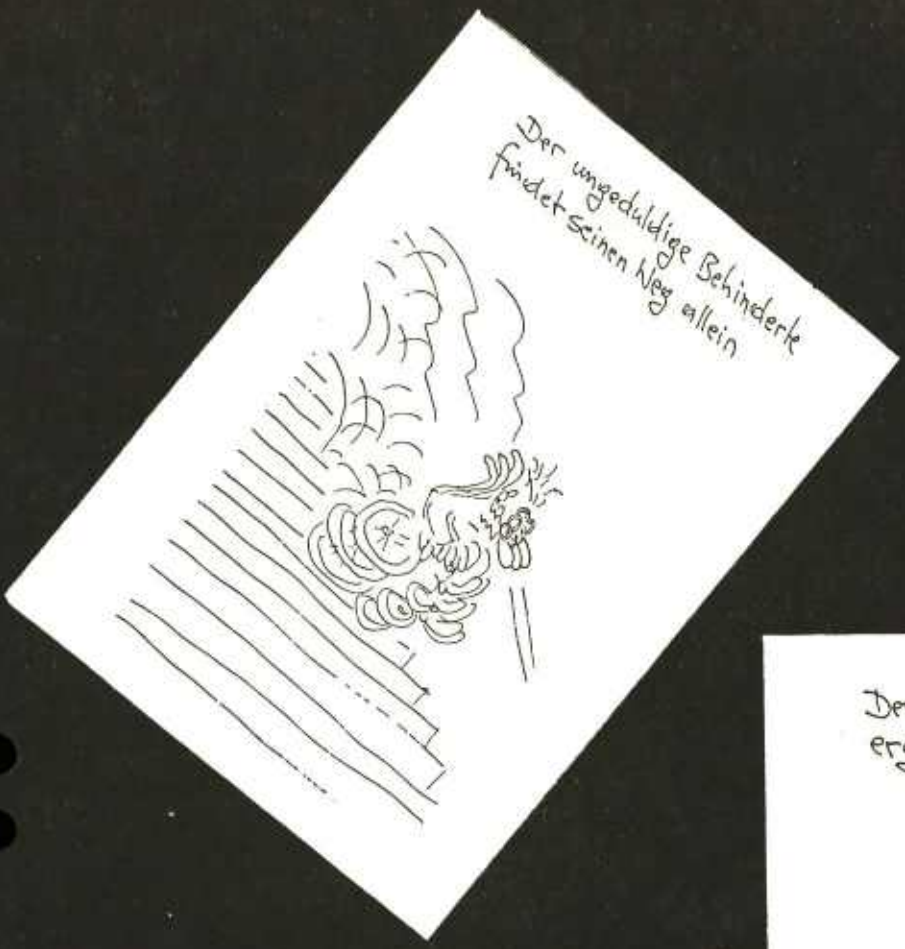
Als ich bei der AOK anrief, versuchte mich die Sachbearbeiterin abzuwimmeln. Erst im Gespräch mit einem Chef zeichnete sich ein Kompromiß ab: "Im Prinzip" müsse das seinen geordneten Gang gehen. "Im Notfall" sei die AOK allerdings bereit, auch ne Rechnung von der Tankstelle (im Fall der Batterie) zu bezahlen. Voraussetzung sei natürlich, daß die Frau Mitglied der AOK sei und der Rollstuhl von der AOK finanziert worden sei. Die Frage ist nun nur noch, wo der "Notfall" beginnt... Übrigens gilt das nicht bloß für Batterie-Probleme, sondern genauso für Reifen, Keilriemen und ähnliche Teile...!

Daß das ganze nebenbei auch ein guter Beitrag zur "Kostendämpfung im Gesundheitswesen" sein könnte, war den Herrschaften nicht klarzumachen. Das soll aber auch nicht unser Problem sein. H. Heiler

Ostseeferienhäuser Damp 2000
für Behinderte und ihre Freunde



Anfragen und Vermittlung:
Erich Dahlhoff - Andreas-Hofer-Straße 9
4400 Münster - Telefon (02 51) 6 42 60



Behindertenalltag — Wie man behindert wird
von Rudolf Forster und Volker Schönwiese

IN BESTER GESELLSCHAFT mit einem ABO

Redaktionsanschrift
Die LUFTPUMPE
Pohlmannstr. 13

5000 Köln 60

Ich möchte die LUFTPUMPE für

☐ 12 Monate zum Preis von DM 16,-- abonnieren

Den Betrag habe ich auf das
☐ Postscheckkonto
Kto.-Nr. 15 330/508 überwiesen
oder
☐ Scheck liegt bei

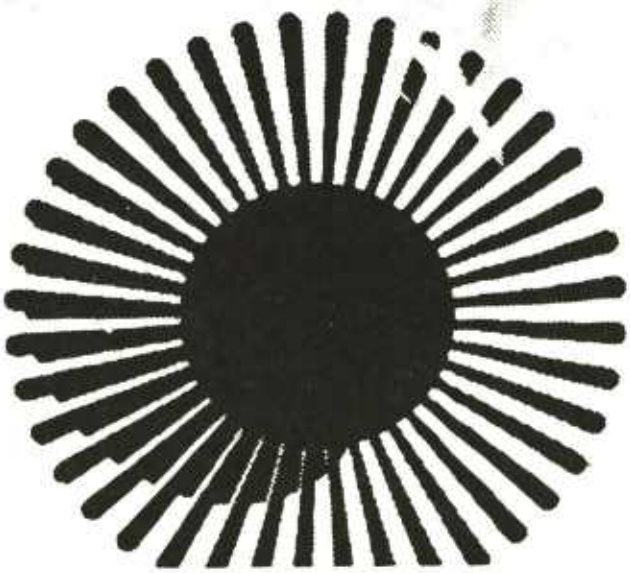
Bei Überweisung immer Stichwort "CeBeeF" angeben

Name _____
Straße _____
Ort _____

Datum _____ Unterschrift

LUFTPUMPE garantiert das Recht, das ABO innerhalb 8 Tage zu widerrufen.

Hertie hat's



MODE - TECHNIK
WOHNKOMFORT

KÖLN
NEUMARKT